Mittag-Ausgabe.

Posener Zeitung.

Siebenundsiebzigster Jahrgang.

Nr. 890. | Sonnabend, 19. Dezember (Erscheint täglich drei Mal.) | 1874.

Amtliches.

Berlin, 18. Dezember. Der König hat dem Staatsarchivar Dr. Friedrich Adolf Meckelburg zu Königsberg i. Pr. den Charakter als Archiv-Rath zu verliehen.

Der Privatdozent Dr. Friedrich Wilhelm Arthur von Hippel in Königsberg i. Pr. ist zum außerord. Prof in der mediz. Fakultät der Universität daselbst ernannt, dem Progymnasiallehrer Heinrich van Bebber in Andernach das Prädikat „Oberlehrer“ beigelegt, an der Realschule in Görlitz die Beförderung des ord. Lehres Dr. E. Sternberg zum Oberlehrer, an der höheren Bürgerschule in Naumburg a. S. die Beförderung des ord. Lehrers Oswald Collmann zum Oberlehrer genehmigt worden.

Telegraphische Nachrichten.

Wien, 18 Dezember. [Abgeordnetenhaus] Auf die Interpellation betreffs der Ausführungsbestimmungen zu den konfessionellen Gesetzen antwortete der Unterrichtsminister v. Stremayr, daß die Vorarbeiten zur Regelung des Patronatswesens wegen des zu bewältigenden massenhaften Materials nur langsam vorwärtsschreiten und daß aus gleichem Grunde auch die Reform der katholisch-theologischen Fakultäten sich verzögere. Die hierauf folgende Prüfung der Wahl der Abgeordneten des oberösterreichischen Großgrundbesitzes rief eine längere Debatte hervor, indem dabei die prinzielle Frage, ob geistlichen Nutznießern das Wahlrecht zustehe, entschieden werden sollte. Der Abg. Herbst hob hervor, daß diese Frage die Regierung nicht direkt berühre, vielmehr eine innere Angelegenheit des Abgeordnetenhauses sei und nicht vom politischen, sondern nur vom Rechtsstandpunkte aus entschieden werden müsse. Minister Unger wies nun aus juristischen Gründen und unter Bezug auf juristische Autoritäten nach, daß es dem geltenden Rechte durchaus entspreche, den geistlichen Nutznießern das Wahlrecht zu gewähren; bei der Abstimmung wurde aber der Antrag auf Annullirung der Wahlen des oberösterrichischen Großgrundbesitzes mit 120 gegen 116 Stimmen angenommen.

London, 18. Dezbr. Die heutigen „Daily News“ schreiben aus Veranlassung der gestrigen Meldung, daß Fürst **Bismarck** seine Entlassung zu nehmen beabsichtige: Die durch die Verhaftung von Majunke hervorgerufenen heftigen Angriffe der ultramontanen Presse gegen den Reichskanzler könnten nur die Wirkung haben, denselben fortwährend der Sympathie aller Freunde der deutschen Einheit und der deutschen Nationalität nur noch dringender zu empfehlen. Kein Mann sei allerdings seinem Vaterlande durchaus unentbehrlich, soweit aber ein Mann seinem Vaterlande nothwendig sein könne, sei dies mit dem Fürsten Bismarck sicherlich der Fall.

Newyork, 18. Dezbr. Nach aus **Havanna** hier eingelangten Nachrichten haben die auf Kuba bezüglichen Stellen der Botschaft des Präsidenten Grant dort keine besondere Beunruhigung erregt. Von den Blättern wird eine Intervention der nordamerikanischen Union für nicht wahrscheinlich gehalten, desungeachtet aber eine fortgesetzte Wachsamkeit der Regierung für nothwendig erachtet.

Deutscher Reichstag.

35. Sitzung.

Berlin, 18. Dezember, 11 Uhr Am Tische des Bundesrathes Delbrück, v. Mitnacht, Geheimer Rath Michaelis, General-Major v. Voigt-Rhetz u. A.

Der Reichstag wird vor dem Fest alle spruchreifen Vorlagen, vor Allem den Reichshaushaltsetat für 1875 definitiv erledigen, so daß für seine weitere Thätigkeit nach den Ferien fast nur noch das Bankgesetz und die Gesetzentwürfe betreffend die Zivilehe, die Verwaltung der Ausgaben und Einnahmen des Reichs, den Rechnungshof und die Naturalleistungen für die bewaffnete Macht im Frieden übrig bleiben. Heute und morgen wird daher mit den zahlreichen Nummern der Tagesordnung ziemlich rasch aufgeräumt werden.

So wurden heute zunächst der Additional-Artikel zu dem Postvertrage mit Belgien und der Gesetzentwurf, betreffend die Zwischenkommission zur Berathung der Justizgesetze in dritter Berathung ohne Diskussion genehmigt und die Vorlage, betreffend die Einführung des Gesetzes über die Quartierleistung für die bewaffnete Macht während des Friedenszustandes vom 25. Juni 1868 im Königreich Baiern an die Kommission verwiesen, welche sich bereits mit dem Gesetz über die Naturalleistungen im Frieden beschäftigt.

Alsdann trat das Haus in die dritte Berathung des **Reichshaushalts-Etats** für 1875 ein, der im Wesentlichen auf eine rasche Verlesung der einzelnen Positionen herauslief. Nur bei dem Etat des Auswärtigen Amtes führte Abg. **Windthorst** seinen schon bei der zweiten Etatsberathung angekündigten Angriff gegen den Reichskanzler und seine Politik aus, indem er die 48.000 Mark für **geheime Ausgaben** des Auswärtigen Amtes (Tit. 21) zu **verweigern** beantragte.

Abg. **Windthorst**: Ich will mich gegen die geheimen Fonds erklären, die in dem Kapitel „Auswärtiges Amt“ enthalten sind. Wenn die Gerüchte, welche über eine ausgebrochene Reichskanzlerkrisis umherschwirren, begründet wären, würde es allerdings nicht opportun sein, über diese Frage zu sprechen. Man würde dann zunächst die Lösung der Krisis abzuwarten haben. Da bis jetzt aber eine Bestätigung offizieller Natur nicht vorliegt und nach meinem Dafürhalten es sich überhaupt nur um einen Sturm im Glase Wasser handelt, so kann ich keinen Anlaß finden, zu schweigen. Die geheimen Fonds haben anderswo die Gelegenheit gewährt eine Generalrevue über die durch diese Fonds gegründeten und unterhaltenen Organe zu halten. Die Handhabung und Wirkung dieser offiziösen Organe ist nachgerade eine solche geworden, daß kein Vertreter, der es mit dem Wohle des Landes aufrichtig meint, die Mittel dafür bewilligen kann. Sie haben in einem der neueren Aktenstücke den Ausdruck gelesen, daß die öffentliche Meinung in Generalpacht genommen worden sei, und diese Ansicht halte ich für richtig. Die Aeußerungen der englischen Presse über unsere Preßzustände lassen so recht deutlich erkennen, wie weit unsere Presse hinter der englischen in Rücksicht auf ihre freie Bewegung zurücksteht. Die polizeiliche Beaufsichtigung, die kriminelle Verfolgung der Presse zum Nachtheile der nicht in der Regierung stehenden Parteien steht bei uns in voller Blüthe. Die Blätter der Regierung u. derer, die ihr folgen, sind allerdings frei von jeder Verfolgung. Der ganze Apparat der Polizei u. der Staatsanwaltschaft steht der Regierung allein zu Gebote, und in welcher nicht zu rechtfertigenden Weise sie ihn anwendet, das ist hier neuerdings hervorgehoben worden, als ein Abgeordneter auf die ganz kolossale Anzahl von Strafverfolgungsanträgen wegen Beleidigung des Reichskanzlers hinwies. Man muß in der That annehmen, daß eine besondere Arbeitskraft im Bureau des Reichskanzlers thätig ist, die ihre Verzweigungen über ganz Deutschland hat, allein zu dem Zwecke, um derartige Fälle aufzusuchen und behufs Verfolgung zur Anzeige zu bringen. Bei der ungeheuren Geschäftslast des Reichskanzlers ist es wenigstens eine positive, physische Unmöglichkeit, daß er selbst im Stande sein sollte, alle diese einzelnen Fälle aus allen Winkeln des Reiches aufzuspüren und zur Verfolgung zu bringen. Es ist dies ein Umstand, der vielleicht bei den eingeleiteten Strafprozessen in Beziehung auf die thatsächlich vorliegende Beantragung besonders berücksichtigt werden könnte. Der gegnerischen Presse, der gegnerischen Partei stehen natürlich derartige Mittel nicht zu Gebote. Sie müssen sich in einzelnen Fällen an die Staatsanwaltschaft wenden, und was von der zu erwarten ist, kann sich ein Jeder selbst sagen. Nun aber ergeht sich die gesammte offiziöse Presse in so maßlosen Angriffen, Verdächtigungen und Schimpfereien, daß man wirklich zweifeln muß, ob in den Regierungskreisen ein genügendes Quantum ihrer gesetzlich vorgeschriebenen Regierungsthätigkeit stattfindet; denn ich kann mir von einer Regierung nicht denken, daß sie duldet, wenn sie von solchen Vorfällen Kunde hat. Ich mache besonders aufmerksam auf eine Reihe von Artikeln, welche die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ resp. die „Provinzialkorrespondenz“ gebracht hat. Ich kann dies um so unbefangener thun, als alle diejenigen Artikel, welche gegen mich persönlich gerichtet sind, mich gar nicht berühren; ich könnte dieselben sogar als sehr willkommene Reklame ansehen. Aber ich allein bin nicht in Frage, es sind in Frage ganze Kategorien von Staatsbürgern, viele Millionen, und eine Regierung ist doch dazu da, um über allen Parteien zu stehen, gegen alle justitia distributiva zu üben und es nicht zuzulassen, daß eine oder mehrere Parteien in so schamloser Weise von den eigenen Organen der Regierung angegriffen werden, wie es durch diese offiziösen Blätter geschieht. Aber auch die auswärtige Presse wird in dieses System mit hineingezogen. Verhandlungen, die in den letzten Tagen in Berlin stattgefunden haben, zeigen, wie üppig dies offiziöse Preßwesen an auswärtigen Stellen wuchert. Ich meine deshalb, daß dies Netz nicht noch weiter ausgedehnt werden darf, und daß wir die Kosten der Korrumpirung der öffentlichen Meinung in Deutschland und überhaupt unsererseits nicht tragen dürfen. Es scheint so weit gekommen zu sein, daß in Europa kaum mehr ein Organ gefunden werden kann, welches den Muth hat diejenigen Publikationen aufzunehmen, welche in Bezug auf eine objektive Kritik der Regierung nothwendig wären. Es ist nöthig, daß man den atlantischen Ozean überschreitet, um die nöthige Objektivität zu finden; aber auch dort wird das nicht mehr lange so bleiben; denn ich bin überzeugt, daß der Gesandte in Washington ebensolche Aufträge in Bezug auf die Beeinflussung der Presse des Landes haben wird, wie sie der Botschafter in Paris hatte und daß er sie unzweifelhaft auch ausführen wird. In Deutschland besteht hier in Berlin ein Preßbureau in zwei Abtheilungen, die eine beim Ministerium des Innern, die andere beim auswärtigen Amte. Es wird dies in der Regel geleugnet, es kann indeß ein derartiges Ableugnen nur darauf basirt werden, daß die Wohnungen des einen oder des anderen Bureaus verwechselt werden; die Sache ist aber unzweifelhaft. Früher bekämpften sich diese beiden Preßreptilienbureaus gegenseitig, in neuerer Zeit gehen sie aber brüderlich vereint. Die Filialen dieser Reptilienbureaus in Deutschland will ich heute nicht näher erörtern; ich beziehe mich in dieser Hinsicht auf die Verhandlungen im preußischen Abgeordnetenhause, die eine große Publikation in Deutschland gewonnen haben, und auf die so interessanten und dankenswerthen Mittheilungen des Abg. Richter. Ich weise aber auch auf eine neuerlich erschienene Schrift, die den Titel führt: „Die deutschen Zeitungen und die Entstehung der öffentlichen Meinung, ein Kulturbild der Gegenwart“ von Professor Heinrich Wuttke in Leipzig. Ich empfehle den Herren ganz besonders das Kapitel 14 dieser Schrift und ich kann auf die in diesem gewissenhaften Werke gegebenen Enthüllungen nicht genug aufmerksam machen. Diese heut herrschenden offiziösen Preßzustände führen nicht nur zu einer vollständigen Generalpacht der öffentlichen Meinung, sondern es wird durch sie die Stimme der öffentlichen Meinung geradezu systematisch vergiftet. Ist dem aber so, so können wir unmöglich der Regierung Mittel bewilligen, welche den ausgesprochenen Zweck haben, diese Zustände zu schaffen und zu unterhalten. Diese Mittel sind enorm groß. Man hat das Vermögen zweier enthronter Fürsten mit Beschlag belegt, und obwohl in dem desfallsigen Gesetz nur gestattet worden ist aus diesem Vermögen nur solche Ausgaben zu machen, welche zur Abwehr etwaiger Intriguen dieser Fürsten dienen, hat man keinen Anstand genommen, ungeheure Summen daraus für die geheimen Preßzwecke der Regierung in Deutschland und im Auslande zu verwenden. Das ist gegen die Gesetze, aber es ist so, und ich frage Sie, meine Herren, wenn diese enormen Summen vorhanden sind, warum wir hier noch aus Reichsmitteln diese Zwecke unterstützen sollen? Viele auswärtige Bekannte und Politiker haben mich nach diesem sogenannten Reptilienfonds gefragt, und es waren ihnen diese in der That unerhörten Zustände und dies Verfahren so merkwürdig, daß es außerordentliche Mühe kostete — ihnen die Sachlage nur klar zu machen. Aber die Sachlage ist so, und sie ist allerdings ein ganz spezifisch preußisches Gewächs. Hier ist freilich der Ort nicht, wo man diese Fonds beseitigen kann; aber es ist gut, daß man darüber hier spricht, damit es an dem Orte, wo man dieser Sache nicht näher treten kann, gehört werde. Vielleicht dient es dazu, dort die Thätigkeit zu entwickeln, welche erforderlich ist, wenn wir ernstlich gesonnen sind, an die Beseitigung dieser unerhörten Zustände Hand anzulegen. Das sind in Kürze die Momente, welche mich bestimmen, gegen diese geheimen Fonds zu stimmen und zu beantragen, dieselben im Etat abzusetzen. Ich könnte diese Momente noch sehr viel weiter ausführen, thue es aber nicht, weil man dringend wünscht, den Etat zu Ende zu bringen und ich gern dazu beitragen möchte, daß er bei Tage zu Ende gebracht wird; denn des Abends ist die Sache doch mißlich, wie die Erfahrung gelehrt hat.

Abg. **v. Bennigsen**: Meiner Auffassung nach hätte der Herr Vorredner nicht blos aus dem Grunde, daß man jetzt wünscht, die Berathung des Etats rasch zu Ende zu führen, sondern auch aus anderen Gründen, diese Angriffe gegen den Dispositionsfonds des auswärtigen Ministeriums unterlassen sollen. (Sehr richtig!) Er wird ja vielfach und namentlich von seinen politischen Freunden, als Muster eines politischen Taktikers hingestellt; ich kann aber nicht finden, daß für eine solche Anerkennung die soeben gehörte Rede einen neuen Beleg biete. Ich will zunächst gar nicht davon sprechen, daß der Herr Vorredner selbst zweimal dem Ministerium eines Königreichs angehört hat und daß er deshalb, und weil er bis heute auf den Namen eines konservativen Politikers noch nicht verzichtet hat, wissen sollte, daß ein solcher Dispositionsfonds für ein auswärtiges Amt von **keiner** Regierung entbehrt werden kann (Sehr richtig!) und daß deshalb auch Männer, welche auf den Namen konservativer Politiker und ich möchte fast sagen überhaupt von Politikern nicht verzichten wollen, auch wenn sie sich in der Opposition befinden, derartige Fonds und Ausgaben, die für jede Verwaltung, welcher politischen Richtung sie auch huldigen möge, nothwendig sind, nicht anfechten sollten. Der Herr Vorredner hat dann andere Gegenstände in diese Diskussion gezogen, die meiner Meinung nach zu diesem Fonds des auswärtigen Amtes wenig oder gar nicht gehören: den Preßfonds, die Preßthätigkeit des Ministeriums des Innern, das Sequester über die Verwaltung des Königs von Hannover, den Reptilenfonds und andere Dinge. Auf diese Sachen einzugehen, habe ich gar kein Bedürfniß und es hat mir mehr den Eindruck einer Verlegenheit gemacht, wenn der Herr Vorredner anstatt diesen Fonds und die politische Thätigkeit, zu deren Unterstützung er dienen soll und muß, direkt anzugreifen, sich auf derartige entlegene Felder begeben hat. — Wenn nun der Herr Vorredner den Antrag gestellt hat, diesen Fonds abzusetzen in der dritten Lesung, so bietet er damit, und das ist eben kein Beweis großer politischer Klugheit (Heiterkeit), der Mehrheit dieses Hauses eine sehr erwünschte Gelegenheit, dadurch, daß sie trotz aller solcher Angriffe diesen Fonds bewilligt, **der jetzigen deutschen Politik und ihrem Leiter ein ausdrückliches Vertrauensvotum zu geben.** (Lebhafter Beifall rechts und links.) Der Herr Vorredner hat sich gemüßigt gesehen, Vorwürfe gegen den Leiter der jetzigen Politik auch daher zu nehmen, daß wegen der Angriffe, die vorzugsweise von seiner Partei ausgehen, wiederholt Preß- und Strafprozesse von dem Kanzler angestrengt oder in seinem Auftrage bei den Gerichten geführt worden sind Der Herr Vorredner scheint darin wieder eine ganz besondere persönliche Gereiztheit des Leiters unserer Politik zu finden. Ich bitte aber den Herrn zu berücksichtigen — und das wird auch wohl die Auffassung der Mehrheit dieses Hauses und auch der großen Mehrheit der Nation sein — daß wenn der Leiter unserer Politik, in einer solchen Weise täglich und erbittert angegriffen, vorzugsweise von Freunden des Vorredners und in Preßorganen seiner Partei, sich dagegen vertheidigen läßt und wenn er dagegen auch die Gerichte anruft, diese Vertheidigung nicht allein seiner angegriffenen Person gilt, daß er gerade in der Stelle dasteht, wo er als Leiter der deutschen Politik die Gründung des deutschen Reiches, die Aufrechterhaltung der jetzigen deutschen Politik und die Befestigung dieser deutschen Zustände zu vertreten hat, wo die Angriffe also weniger gegen seine Person, als gegen die Institution des deutschen Reiches und die deutsche nationale Politik gerichtet sind (Beifall rechts und links, Widerspruch im Zentrum), und daß, wenn er diese Angriffe zurückweist und, soweit sie strafbar sind, sie den Gerichten überweist, dies auch mit zur Aufrechterhaltung der deutschen Institutionen geschieht, gegen welche die Herren noch so erbittert, aber immer erfolglos kämpfen [illegible] und links, Oho! im Zentrum).

Ich habe mich dann weiter gewundert, daß man es gerade in diesen Tagen, nachdem Publikationen, amtliche Aktenstücke incidenter vorgelegt sind, in einem bekannten Prozesse unternommen hat, von Neuem die Politik des Reichskanzlers zu bekämpfen und dieser Bekämpfung einen solchen drastischen Ausdruck zu geben in dem Antrage auf Absetzung dieses Fonds. M. H., wir kennen ja Alle die erbitterten und ich möchte fast sagen nach und nach immer verzweifelter werdenden Anstrengungen der Partei des Herrn Vorredners und seiner Organe (Widerspruch im Zentrum) gegen die deutsche Politik, wir wissen vor allen Dingen, wie es versucht worden ist und noch täglich versucht wird in den Blättern, die zurückzuweisen von Ihrer Partei der Herr Vorredner und seine Freunde vergeblich versuchen werden, es so darzustellen, als ob es gerade der Reichskanzler gewesen ist, der durch seine revolutionäre und kriegerische Politik Deutschland nie werde zur Ruhe, Europa nie werde zum Frieden kommen lassen. Und was hat Jeder, der diese Dinge verfolgt hat, in der letzten Woche sehen können, nachdem zum ersten Male Geheimnisse der Politik der mitlebenden Welt aufgedeckt sind, und nicht, wie es sonst zu geschehen pflegt, erst den kommenden Generationen in Geschichtswerken? Wir haben aus diesen Schriftstücken erfahren, daß diejenige Politik, welche der Kanzler für Deutschland leitet, weit entfernt davon ist, sich in die innere Gestaltung der politischen Geschicke Frankreichs einzumischen, weit entfernt davon, Keime zu neuen Zerwürfnissen und Kriegen zu geben, daß sie vielmehr im eminenten Sinne des Worts eine Politik der Nichteinmischung, des Friedens ist; (Sehr richtig!) ein Eindruck, der in einem hohen Grade imponirend gewirkt hat in Deutschland und außerhalb Deutschlands, auch auf Männer, die bislang mit einer gewissen Besorgniß der Politik des Kanzlers gefolgt sind. Wenn derselbe Eindruck eben bei dem Herrn Vorredner und seinen Freunden nicht vorhanden ist, ist der Grund hiervon, daß sie in diesen Dingen auf einem ganz andern Boden stehen, als die Mehrheit unserer Nation und die entscheidende Mehrheit dieses Reichstages. Sie haben die Politik des Kanzlers mißbilligt vom ersten Augenblicke an, sie haben Alles gethan, was in ihren Kräften lag, das Zustandekommen des Norddeutschen Bundes, des Deutschen Reiches zu hindern; sie werden auch nicht aufhören, soweit sie glauben, daß ihre Kräfte dazu reichen, diese Politik auch später zu hindern. Aber meine Herren, gerade diese erbitterten und leidenschaftlichen Angriffe gegen die Person des Reichskanzlers, als den Träger unserer deutschen Politik werden von Tag zu Tag mehr dazu beitragen, diese Politik zu festigen, das Vertrauen der Nation und der Mehrheit dieses Reichstages zu dem Träger dieser Politik zu stärken und gerade dazu dienen, dasjenige nicht zu erreichen, vielmehr zu zerstören, was der Herr Vorredner und seine Freunde wollen. Meine Herren, wenn ich mich so ausspreche, so glaube ich der Zustimmung der großen Mehrheit dieser Versammlung entschieden sicher zu sein. (Vielseitiger Zuruf: Ja wohl!) Dasjenige, was jetzt auch für Nichtkundige aus den Dokumenten der letzten Tage über die Politik des deutschen Reichskanzlers zur öffentlichen Kenntniß gekommen ist, hat das Ansehen, die Stellung dieses Staatsmannes in hohem Grade erhöhen müssen. Diese Politik ist zugleich weitsehend und fest, würdig und national und sie wird der Zustimmung der Mehrheit dieses Reichstages und der deutschen Nation für alle Zukunft sicher sein. (Stürmischer Beifall rechts und links; Zischen im Zentrum.)

Abg. **v. Kardorff**: Ich kann auf das Wort in der Sache selbst verzichten, nachdem der Abg. v. Bennigsen dem Gefühle, welches die Majorität beseelt, einen so beredten Ausdruck gegeben hat. Ich habe nur das Wort ergriffen, um zu beantragen, daß über den Antrag Windthorst auf Absetzung dieser Position namentlich abgestimmt werde. (Zustimmung.)

Die Diskussion wurde darauf geschlossen. Persönlich bemerkte noch Abg. **Windthorst**: Ich erwidere dem Abgeordneten v. Bennigsen, daß ich mich keineswegs irgendwo und irgendwie für einen eminent politischen Mann gehalten habe, wenigstens habe ich niemals

einen derartigen Ausdruck gebraucht. Ich habe einfach Thatsachen vorgebracht, und ich begreife sehr wohl, daß der verehrte Herr so eifrig Veranlassung nahm, in der gegenwärtigen Krisis dasjenige zu thun, was er gethan hat.

Der **Präsident** ersuchte den Redner, sich in den Grenzen einer persönlichen Bemerkung zu halten; die letzte Aeußerung ging entschieden darüber hinaus.

Abg. **Windthorst**: Es ist eben außerordentlich schwer in diesen Grenzen zu bleiben, wenn man in einem solchen Moment durch den angenommenen Schluß der Debatte vom Worte ausgeschlossen wird. (**Präsident**: Eine Kritik des Beschlusses des Hauses ist unzulässig). Ich will also nur berichtigen, daß ich in keiner Weise gegen die Person des Reichskanzlers irgend ein Wort gesagt habe. (Widerspruch). Ich habe über seine Handlungsweise gesprochen und das ist ein gewaltiger Unterschied. (Widerspruch). Ja wohl, m. H. die Handlungsweise des Reichskanzlers kann ich kritisiren, ohne seiner Person in irgend welcher Weise nahe zu treten. Das erstere habe ich gethan und ich habe die Gründe angeführt, weshalb ich es gethan und ich würde diese Gründe, wenn ich jetzt zum Worte gekommen wäre, dem Hause des Weiteren haben klar legen können.

In namentlicher Abstimmung wurde darauf der Tit. 21 (geheime Ausgaben des auswärtigen Amtes 48,000 M.) mit 199 gegen 71 Stimmen **bewilligt**. Gegen die Bewilligung stimmten das Zentrum, die Polen, Abg. Sonnemann und die Sozialisten. Der Abg. Liebknecht antwortet zuerst mit dem Rufe: Kein Reptilienfonds! und erst als der Schriftführer seine Frage wiederholt, mit Nein. Die gesammte Fortschrittspartei stimmte für die Bewilligung und betheiligte sich ausnahmslos an einem Votum, das **als ein dem Reichskanzler und seiner Politik ausdrücklich ertheiltes Vertrauensvotum** zu betrachten ist. Die Verkündigung des Resultats wurde mit lebhaftem Beifall aufgenommen.

Bei der dritten Berathung des **Militäretats** wurde die in der zweiten beschlossene Resolution: „Den Reichskanzler zu ersuchen, bei Ausarbeitung des nächsten Budgets in Erwägung zu ziehen, ob nicht die Ausgaben für das sächsische Armeecorps künftig mit den Ausgaben für die preußischen Armeecorps zusammenzufassen, dagegen diejenigen Ausgaben, welche Einrichtungen und Kompetenzen betreffen, hinsichtlich deren das sächsische Armeecorps von den preußischen abweicht, zum Gegenstand besonderer Titel zu machen sind" — heute abgelehnt, nachdem die sächsischen Abgeordneten v. **Nostitz-Wallwitz** und **Oehmichen** sich gegen die Resolution erklärt hatten. Die Fortschrittspartei und ein großer Theil der Nationalliberalen hielt auch heute an dem früheren Beschluß fest, blieb jedoch in der Minderheit.

Bei dem **Marine-Etat** wurden auf den Antrag der Abgeordneten Rickert und von St. Paul-Illaire die Rationsgelder für die Matrosen-Offiziere auf 6237 Mark statt der in zweiter Lesung bewilligten 5634 Mark festgesetzt.

Bei Gelegenheit der Annahme des Titel 28 des Marine Etats: **deutsche Seewarte** wurde zugleich das Gesetz über die deutsche Seewarte in dritter Lesung definitiv genehmigt.

Zum Etat des **Reichseisenbahnamtes** bemerkte der Abgeordnete Traeger, daß seine Information über die Mitglieder des Verwaltungsrathes der Thüringischen Eisenbahn nicht ganz genau gewesen sei; nicht ein Mitglied des **Kreis**gerichts zu Eisenach, sondern des Stadtgerichts ist Mitglied des betreffenden Verwaltungsraths.

Nach Erledigung des gesammten Ordinariums kamen die einmaligen Ausgaben an die Reihe. Bei den für den Kasernenbau verlangten außerordentlichen Mitteln machte Abgeordneter v. **Schulte** darauf aufmerksam, daß es nothwendig sein werde, in nächster Zukunft eine Abtheilung Infanterie nach Bonn zu verlegen und für diesen Zweck eine Kaserne zu bauen. Bonn ist die einzige Universitätsstadt, in der keine Infanterie, sondern nur Kavallerie, das bekannte Husaren-Regiment, liegt; es sind aber nicht alle Studirenden in der Lage ihr Jahr bei der Kavallerie abzudienen und für viele entsteht dadurch eine große Verlegenheit. General-Major v. **Voigts-Rhetz** nahm diesen Wunsch mit großer Bereitwilligkeit ad referendum und sagte seine Erfüllung zu, wenn der Reichstag die Mittel dazu gewähre.

Bei dem Zuschuß des Reiches für die St. Gotthard-Bahn machte Abg. Dr. Löwe auf eine Thatsache aufmerksam, die er zur Zeit der zweiten Berathung noch nicht hatte konstatiren können. In den funfziger Jahren suspendirte die schweizer Bundesregierung den Zoll für Eisenbahnmaterialien und verlängerte diese Suspension im Jahre 1864 auf 10 Jahre. Man schloß daraus, daß die Suspension eine dauernde werden würde. Jetzt ist die Suspension ohne Kündigung nicht erneuert worden und somit wird plötzlich ein nicht unbeträchtlicher Zoll erhoben. Hat das Reichskanzleramt Kenntniß von diesem Umstande, und welche Schritte gedenkt es dagegen zu thun?

Präs. **Delbrück**: Es ist nicht zu leugnen, daß durch die Aufhebung der Zollfreiheit für Eisenbahnmaterial der Bau der Gotthardbahn erheblich vertheuert wird. Aber die Summen, mit denen das Reich den Bau subventionirt, sind festgestellt und können weder vermehrt noch vermindert werden, interessirt ist bei der Frage nur die Gesellschaft, welche den Bau ausführt. Diese hat sich noch nicht an das Reich gewendet und ohne Noth sich in die Zollfrage zu mischen, war keine Veranlassung.

Zum Kapitel 2 der **Einnahmen: Wechselstempelsteuer** referirte Abg. **Rickert** über mehrere Petitionen von Handelskammern, die eine Reform der Wechselstempelsteuer beantragen. Es wird in denselben eine andere Berechnung des Stempels vorgeschlagen, die aber einen bedeutenden Ausfall ergeben würde, z. B. in der untersten Stufe bis 100 Mark circa 20 Prozent der bisherigen Einnahmen. — Redner empfahl den Antrag der Kommission: „Mit Rücksicht auf die seitens des Herrn Präsidenten des Reichskanzleramts in der Sitzung vom 7. Dezember 1874 abgegebene Erklärung: daß die betreffende Petition „an den Bundesrath gebracht ist und der Erwägung unterliegen wird," über die Petitionen zur Tagesordnung überzugehen, welchem Antrage das Haus auch beitrat.

Zum Kapitel 4: **Telegraphenverwaltung** referirte Abg. **Stephani** über eine Reihe von Petitionen von Telegraphenbeamten um Erhöhung ihres Gehalts. Das Haus nahm den Antrag der Budgetkommission an: I. Diese Petitionen, insoweit sie 1) das Verlangen, die Tantieme der Telegraphenbeamten als pensionsfähigen Theil des Einkommens der gedachten Beamten und 2) insoweit sie die Regelung der Rangverhältnisse der Obertelegraphisten u. Telegraphisten betr., dem Reichskanzler zur Erwägung zu überweisen; II. insoweit sie die Berücksichtigung der Altpensionäre betrifft, durch die Erhöhung der betreffenden Dispositionsfonds im Etat für 1875 für erledigt zu erklären; III. im Uebrigen über die bezeichneten Petitionen zur Tagesordnung überzugehen."

Im Uebrigen genehmigte das Haus die Positionen des Etats ohne jede Debatte nach den Beschlüssen der zweiten Berathung.

Ohne Diskussion wurde auch die **Marineanleihe** und schließlich das **Etatsgesetz** selbst **genehmigt**, welches die Einnahmen auf 515,018 563 Mark, die fortdauernden Ausgaben auf 393 516,251 Mark, die einmaligen Ausgaben auf 121 502,312 Mark feststellt. Gegen dasselbe stimmten nur einige Mitglieder des Zentrums, z. B. Reichensperger (Krefeld), die Polen und der Abg. Sonnemann. Die Sozialdemokraten und Elsaß-Lothringer waren zur Zeit der Abstimmung nicht anwesend.

Hierauf wurde die zweite Berathung des **Haushaltsetats für Elsaß-Lothringen** fortgesetzt, der die elsässischen Abgeordneten heute wie gestern nicht beiwohnten.

Zum Etat der **Verwaltung des Innern** hat die Kommission folgende Resolution beantragt: „Den Reichskanzler zu ersuchen, in Erwägung zu ziehen, ob durch Vereinfachung der bestehenden Verwaltungs-Organisation die Kosten der inneren Verwaltung abgemindert, sowie ob die bisherige Kommunalverwaltung der Bezirke der Zentral-Verwaltung, beziehungsweise den Kreisen übertragen werden kann."

Referent **Miquel** hielt drei Bezirksregierungen für ein Land von nur 1½ Millionen Einwohnern für einen zu großen Verwaltungsapparat, und später werde man durch Erweiterung der Selbstverwaltung die Bezirksregierungen ganz aufheben können. Nachdem Geheimrath **Herzog** sich mit der Tendenz der Resolution einverstanden erklärt, wurde dieselbe mit großer Majorität angenommen.

Dasselbe war der Fall mit folgenden Resolutionen zu Tit. 23 (öffentliche Armenpflege) und Tit 4 des Extraordinariums:

1) Den Reichskanzler aufzufordern, darauf Bedacht zu nehmen, daß die Inspektion der öffentlichen Wohlthätigkeitsanstalten den Kreisdirektoren übertragen werde und die dafür jetzt bestehenden besonderen Beamten in Wegfall kommen. 2) denselben aufzufordern, die Frage einer nochmaligen eingehenden Prüfung zu unterziehen, ob nicht die projektirte Erziehungs- und Besserungsanstalt bei Hagenau in erheblich kleinerem Umfange hergestellt werden kann, als bisher vorgesehen ist.

Beim Etat der **Verwaltung der geistlichen Angelegenheiten** wies Abg. v. Schulte ziffermäßig nach, daß die Reichsregierung die Gehälter der Religionsdiener der verschiedenen Konfession um durchschnittlich 33⅓ Prozent erhöht habe. Im Ganzen sei das Budget für den katholischen Kultus gegen die Zeit der französischen Verwaltung um 738,160 Frcs., dasjenige für die protestantische Kirche um 27,069 Frcs. und das des israelitischen Kultus um 49 970 Frcs. erhöht worden. Unter diesen Umständen rechtfertige sich aber andererseits die Aufhebung der sogenannten Sukkursalpfarreien und ihre Ersetzung durch definitiv zu besetzende Pfarrstellen. Redner empfahl daher die Annahme der von ihm der Kommission unterbreiteten Resolution, in welcher der Reichstag ersucht wird, dahin zu wirken, daß die Sukkursalpfarreien zu definitiv zu besetzenden erhoben werden. Geheimrath **Herzog** sagte die Erwägung des Vorschlages zu, auch Abg. **Reichensperger** (Krefeld) war mit dem Zweck des Antrages einverstanden und knüpfte an seine Annahme nur den Wunsch, daß dem wahren Wesen der katholischen Kirche dieselbe Rücksicht gewidmet werden möge, wie in diesem Falle der materiellen Stellung ihrer Diener. Aber zwei Parteigenossen Prinz **Radziwill** und **Windthorst**, wiesen die dargebotene Wohlthat zurück, der erstere ganz und gar, um nicht durch ihre Annahme die Reichslande in die preußische Maigesetzgebung zu verwickeln; der letztere nur in dem Fall, daß im Einvernehmen mit den Bischöfen der Reichslande vorgegangen werde. — Das Haus trat der Resolution mit großer Mehrheit bei.

Der Etat der **Verwaltung des Unterrichts** gewährt als Zuschuß für die Universität Straßburg 813,334 Mark. Referent **Miquel** erinnerte, daß der auf Elsaß Lothringen entfallende Betrag an Reichskassenscheinen zu außerordentlichen Ausgaben für die Universität, und zwar bis zum Betrage von 150,000 Mark für ihre Bibliothek zur Verwendung kommen solle. Die Kommission habe es indessen aus naheliegenden Billigkeitsrücksichten für angezeigt erachtet, einen dauernden Zuschuß aus Rechtsmitteln für die Universität zu gewähren. Wenn dieselbe auch eine Landes-Hochschule sein und bleiben solle, so sei doch das Interesse des Reiches bei der Erhaltung derselben weit mehr engagirt, wie bei anderen kleineren Universitäten deutscher Staaten. Deutschland habe die Reichslande zunächst im Interesse seiner eigenen Sicherheit erworben, aber immer doch mit der Verpflichtung die Verwaltung derselben mit den Reichsinteressen in Einklang zu setzen. Und diese letzteren wiesen darauf hin, daß das Reich sich seinen Einfluß auf die Universität wahren, und es wahrt ihn am sichersten, wenn es zu ihren Ausgaben beitrage. Die Kommission habe sich daher über folgende Resolution geeinigt: „Den Reichskanzler zu ersuchen, in Erwägung zu ziehen, ob zu den Kosten der Universität zu Straßburg, insbesondere zu den außerordentlichen Ausgaben für dieselbe ein Zuschuß aus Reichsmitteln gewährt werden könne."

Abg. **Duncker** bedauerte zunächst, daß es noch nicht gelungen sei, die Professur für vergleichende Sprachwissenschaft an der straßburger Universität nach dem Abgange von Max Müller und Aufrecht wieder zu besetzen. Dagegen ist er gegen die Verwendung des auf Elsaß-Lothringen entfallenden Betrages von Schatzscheinen ausschließlich für Zwecke der Hochschule. Der Aufwand, welcher dadurch dem Reichslande erwachse, betrage 3 Prozent der gesammten Ausgaben des Landes, während der in Preußen für die Universitäten geleistete Zuschuß bis 1868 nur ½ Prozent und seitdem ⅕ Prozent der Landesausgaben betrage.

Abg. **Westermayer** (Zentrum) erklärte sich gegen einen von Reichswegen zu leistenden Zuschuß, weil er der gestern von Treitschke empfohlenen Art der Verbreitung deutscher Bildung keinen Geschmack abgewinnen könne.

Nachdem noch Abg. v. **Schulte** die Resolution empfohlen, wurde dieselbe genehmigt und die Sitzung hierauf um 4½ Uhr bis Abends 7½ Uhr vertagt, wo die dritte Lesung des Banknotengesetzes und die Fortsetzung der Berathung des Etats von Elsaß-Lothringen stattfinden wird.

Schließlich sei noch erwähnt, daß Fürst **Bismarck** der zweiten Hälfte der Sitzung beiwohnte.

Brief- und Zeitungsberichte.

△ **Berlin**, 18. Dezember. Ueber die Erwägungen, welche den Fürsten **Bismarck** veranlaßten, sein Entlassungsgesuch einzureichen, giebt folgende Korrespondenz, welche die gestrigen Aeußerungen der „Nordd. Allg. Ztg." ausführt, näheren Aufschluß: Das Demissionsgesuch des Reichskanzlers ist eine Thatsache und die Lösung der Schwierigkeiten bleibt abzuwarten. Die Erwägungen, welche dem Entschlusse zu Grunde liegen, sind theilweise in der „Nordd. Allg. Ztg." angedeutet. Daneben kommt in Betracht, daß bei der Berathung des Majunke'schen Falles vom ersten Augenblick an Seitens der Redner der reichsfeindlichen Mehrheit die nahe liegende Rücksicht auf die Stellung des Reichskanzlers in auffallender Weise vernachlässigt ist. Einer der erbittertesten und gehässigsten Gegner der deutschen Politik und des Fürsten, der Redakteur des gefährlichsten ultramontanen Blattes, hat seit Jahr und Tag keine Gelegenheit versäumt, sich in Schmähungen und Beleidigungen gegen den Reichskanzler und seine Regierung zu ergehen. Er wird gerichtlich verurtheilt, entzieht sich aber der Haft durch Latitiren bis zur Eröffnung des Reichstages, dann erscheint er auf der diplomatischen Bühne, nur gestützt auf ein vermeintliches, rechtlich nicht begründetes Privilegium, die Haft weiter zu umgehen, zugleich aber im Verein mit den Feinden der Reichspolitik seine Machinationen fortzusetzen. Nachdem nun das Gericht einen Haftbefehl gegen ihn erlassen, läßt sich der Reichstag zu einem Votum verleiten, welches die Rechtsfrage ignorirt und ein unbedingtes Privilegium in Anspruch nimmt. Alles aber geschieht in einer Art und Weise, daß über die augenblickliche Allianz Windthorst's mit sonst reichsfreundlichen Elementen in der zweimaligen Diskussion jede Perhorrescirung der Tendenzen Majunke's und seiner Thaten absolut umgangen wird. Man hätte glauben sollen, daß auch selbst bei einer Zweifelhaftigkeit des verfassungsmäßigen Rechts die Reichsfreundlichen es für eine Ehrensache hätten halten sollen, ihre Gesichtspunkte entschieden zu trennen von denen des Zentrums. Statt dessen kann Windthorst gleich bei Stellung des Antrages seine ungemischte Freude über die Einmüthigkeit des Reichstages constatiren und zum Schluß das Zentrum in lautes Bravo ausbrechen, da es die Mehrheit für sich gewonnen hat. Ein solcher Hergang ist in der That geeignet, die Zweifel des Reichskanzlers über die gouvernementale Befähigung der Mehrheit des gegenwärtigen Reichstages neu zu beleben. Man sage nicht, er hätte das Wort nehmen und auf den Ernst der Sache aufmerksam machen sollen. Er durfte mit Zuversicht erwarten, daß die Rücksichten auf das gouvernementale Interesse vom Reichstage selbst ausgehen würden. — Die Zeitungen scheinen die Krisis leichter zu nehmen, als sie ist. Fürst Bismarck pflegt nicht Schein-Konflikte oder Kontroversen ohne praktischen Ausgang hervorzurufen. Die Minister versammelten sich heute Mittag zuerst zu einer vertraulichen Besprechung und hinterher fand ein Minister-Konseil beim Kaiser statt. Schon daraus darf man schließen, daß es sich um Erwägungen und Entschlüsse ernster Art handelt. (Dies Urtheil, welches offenbar die Meinung der in der Umgebung Bismarcks herrschenden Ansichten wiederspiegelt, ist sehr scharf, aber nicht ungerechtfertigt, wie wir schon in der Tagesübersicht der heutigen Morgennummer dargethan haben. Bismarck betrachtet Lasker so zu sagen als Führer der Regierungsmajorität, als solcher war ihm große Rücksicht geboten. In einem englischen Parlament hätte die Regierungsmajorität jedenfalls erst mit der Regierung Rücksprache genommen, ehe sie sich ins Vordertreffen der Opposition stellte! — Red. d. „Posener Ztg.")

☐ **Berlin**, 18 Dezbr. Die **Reichskanzlerkrisis** ist glücklich zu Ende gegangen; hatten schon die Abgeordneten v. **Forckenbeck**, v. **Bennigsen**, Fürst **Hohenlohe-Langenburg** und Dr. **Lucius** ihre Einwirkung auf den Fürsten im Laufe des gestrigen Nachmittags versucht, so that der Einfluß des Kronprinzen, der beim Fürsten zum Diner erschienen war, am Abend das Uebrige, so daß schon heut Vormittag mit großer Bestimmtheit das Gerücht verbreitet wurde, der Reichskanzler habe die eingereichte Demission wieder zurückgenommen. Diese Nachricht fand schließlich auch ihre Bestätigung als der Fürst gegen 2 Uhr direkt aus dem Ministerkonseil in den Reichstag gefahren kam und in großer Uniform den Sitzungssaal betrat. Der Fürst konferirte längere Zeit mit dem Präsidenten **Delbrück** und mit anderen Mitgliedern des Bundesraths, wie auch mit hervorragenden Reichstagsmitgliedern, dann verließ er den Saal und erschien bald darauf wieder in der bekannten Interimsuniform. Erst kurz vor dem Schluß der Sitzung verließ der Reichskanzler das Haus. Ueber die Gegenstände, welche in dem Conseil berathen worden sind, zirkuliren verschiedene Nachrichten, welche jedoch alle mehr oder weniger in das Gebiet der Erfindungen und Kombinationen verwiesen werden müssen. Unter den Abgeordneten des Reichstages wollte man wissen, daß in demselben beschlossen wurde, daß sofort ein Gesetz zur Interpretation des Art. 31 der Reichsverfassung eingebracht werden soll. Richtig scheint nur zu sein, daß hierbei auch der Tag der Einberufung des preußischen Landtages zur Besprechung gelangt ist und wird uns der 11. Januar als der Tag für den Zusammentritt dieser Körperschaft bezeichnet. — Die **Vertagung des Reichstages** wird voraussichtlich morgen erfolgen. Wie wir hören, hatte Präsident v. **Forckenbeck** ursprünglich die Absicht noch den Montag und Dienstag für die Arbeiten des Parlaments zu benutzen, allein es ist so wenig Aussicht vorhanden, daß die Abgeordneten in noch beschlußfähiger Anzahl über den Sonntag hinaus hier anwesend bleiben werden. Wahrscheinlich werden die Ferien bis zum 7. Januar andauern. — Das Vertrauensvotum des Reichstags wurde von den Ministern Falk und Friedenthal in das Ministerconseil im kaiserlichen Palais überbracht.

— Wir haben die Mittheilungen der „Nat.-Ztg." bezüglich der **Demissions-Angelegenheit** telegraphisch gemeldet. Das Blatt meint, es sei als sicher anzunehmen, daß **nicht** lediglich die Behandlung der Angelegenheit Majunke im Reichstage den Anlaß zu der Aufwallung des Fürsten Bismarck gegeben hat, wenn freilich dieselbe dazu beigetragen haben mag, den Becher der Verstimmung überschäumen zu machen. Bezüglich des eventuellen Rücktritts des Justizministers schreibt die „Nat.-Ztg.":

Um der hervorragenden technischen Qualitäten willen, welche Dr. Leonhardt seinem Berufe entgegengebracht hat, könnten wir sein Ausscheiden nicht ohne Bedauern sehen, zumal ihm auch **das** Zeugniß nicht wird versagt werden dürfen, daß er die Justizverwaltung von den schlimmen Flecken, welche sein Amtsvorgänger derselben imprägnirt hatte, gereinigt hat. Dr. Leonhardt wird jetzt wohl selbst inne geworden sein, daß es einem Justizminister nicht ansteht, sich der allgemeinen Politik gegenüber derart in's Nichtwissen zu stellen, wie dies die Maxime seines Verhaltens gewesen ist, — wir wollen ganz dahin gestellt sein lassen, aus welchen Gründen. Die heutige rauhe Zeit gestattet am wenigsten einem Staatsminister ein behagliches Stillleben fern von allem politischen Streit.

— Zum **Fall Majunke** wird von der „Germ." erklärt, daß Herr Majunke nicht nach Schluß der Session ins Ausland zu entfliehen gedachte, sondern schon vor einigen Wochen seine **Dispositionen für den einjährigen Aufenthalt** im Gefängnisse getroffen hatte — in der Meinung, daß der Reichstag noch vor Weihnachten geschlossen werden würde. Herr Majunke ist übrigens recht guter Dinge. „Je eher ich **rein** komme, desto eher komme ich **raus**", äußerte er gestern zu einem ihm besuchenden Kollegen. „Die kleinen Unannehmlichkeiten", fügte er hinzu, „welche die Art meiner Verhaftung zur Folge gehabt, werden hundertfach aufgewogen durch die eklatante Niederlage, welche der „**Kulturkampf**" bei der ganzen Affaire erlitten hat" (sic). Vorläufig verweilt der Gefangene noch in der Stadtvoigtei. Das Blatt hofft auf Grund der Hoverbeck'schen Resolution „daß der Herr Justizminister keine Entscheidung treffen wird, welche mit der **Würde** des Reichstags **unverträglich** ist. Denn daß der Minister einer Entscheidung mit der Motivirung aus dem Wege gehen sollte, der Reichstag habe ja nicht **direkt** zu einer solchen aufgefordert, würde einen Sophismus voraussetzen, welchen wir dem Chef unserer Justiz nicht zutrauen dürfen."

— Wie der „Börsen-Courr." vernimmt, ist **Graf Arnim** akuter erkrankt. Er muß auf ärztliche Verordnung das Bett hüten. Gleichwohl wird er sich aufraffen, um der morgigen Urtheilsverkündigung beizuwohnen, um den Schein zu vermeiden, als ob er etwa aus Scheu vor diesem Urtheil derselben fern bliebe.

— Die **vorzeitige Veröffentlichung der Kullmannanklage** vor der Verlesung in der Audienzverhandlung führte die Redakteure der „Germania", Paul Kosiolek, der „Nordd. Allg. Ztg.", Emil Pindter, und des „Fremdenblatts", Otto Schenk, heute auf die Anklagebank der siebenten Kriminaldeputation, welche durch ihre vollständig veränderte Zusammensetzung — die ständigen Richter dieser Deputation berathen bekanntlich augenblicklich über das Schicksal des Grafen v. Arnim — ein anderes Bild gewährte. Redakteur Schenk hatte sein Ausbleiben durch seine Redaktionsgeschäfte begründet, die beiden anderen Angeklagten waren in Person erschienen, und dem Redakteur Pindter stand als Vertheiger Justizrath Lesse zur Seite. Der Sachverhalt der Anklage ist bekannt. Justizrath Lesse macht den Gerichtshof nur noch aufmerksam, daß die Frage, ob trotz des einheitlichen Preßgesetzes bei der mangelnden einheitlichen Strafprozeßordnung der § 17 desselben anwendbar sei, auf einen Redakteur, dessen Blatt außerhalb der Bundesstaaten erscheine, in welchem der Prozeß spiele. Der Vertheiger bemerkte dabei zugleich, daß z. B. der Staatsanwalt in Dresden die Frage in anderem Sinne aufzufassen scheine, indem er gegen das „Dresdn. Journ." keine Anklage erhoben habe. Staatsanwalt Schütz hielt die Schuldfrage für unzweifelhaft und beantragt gegen jeden der Angeklagten eine Geldstrafe von 150 Mark event. je einen Monat Haft. Justizrath Lesse betonte hinsichtlich des Strafmaßes, daß der „Südd. Telegr." wegen desselben Vergehens in Baiern

selbst nur zu 3 Mark verurtheilt, sowie daß die Intention des bezüglichen § 17 in vorliegendem Falle gar nicht berührt worden sei. Redakteur Krosiolek wies außerdem darauf hin, daß nach dem durch den Attentäter bereits vor dem Schwurgerichtstermine unumwunden abgelegten Schuldbekenntniß das strafrechtliche Interesse an dem Prozesse in der öffentlichen Meinung gänzlich dem politischen gewichen warund allgemein in der Presse nur diese politische Bedeutung im Auge behalten wurde. Daher die fieberhafte Spannung aller Parteien auf die Eröffnung und die einzelnen Phasen des Prozesses. Und als nun im letzten Momente der Redaktionsthätigkeit das erste Aktenstück dieses Prozesses in einem öffentlich verbreiteten Journale sich darbot, da war es nur politischer Instinkt, dasselbe zu reproduziren. — Der Gerichtshof unter dem Vorsitz des Stadtgerichtsraths Schenk verurtheilte jeden der Angeklagten zu 30 Mark event. 3 Tagen Haft.

Breslau, 17. Dezbr. Graf Adolph v. Arnim-Boytzenburg, der neuernannte Oberpräsident der Provinz Schlesien, langte heute Nachmittag um 3½ Uhr, von Berlin kommend, auf dem hiesigen Zentralbahnhofe an und fuhr von da aus in einer bereitstehenden Equipage nach dem Hotel Galisch, wo der Herr Oberpräsident bis Anfang Januar Wohnung nimmt.

Fulda, 16. Dezbr. Aus Rom, und zwar aus klerikaler Quelle, ist, dem „Frkf. Journ." zufolge, die Mittheilung hierher gelangt, daß der Papst gewillt ist, den Bisthums-Verweser Hahne im nächsten Konsistorium zum Bischof von Askalon in partibus infidelium zu ernennen. Nach der „Fanfulla" figurirt unser Bisthums-Verweser neben fünf ungarischen und brasilianischen Geistlichen auf der Kandidatenliste.

Bern, 16 Dezember. Das neue soeben vom Nationalrathe sanktionirte Gesetz über die Eheschließung in der Schweiz enthält folgenden Schlußpassus:

„Der geistliche Stand oder das Gelübde einer Klosterfrau bildet kein Ehehinderniß mehr in der Schweiz und steht somit auch dem katholischen Geistlichen ganz frei, sich zu verheirathen, ebenso der Nonne, ihr kontemplatives Leben aufzugeben, um dem Rufe zu folgen, den ihr die Natur und die Vorsehung angewiesen."

Paris, 16. Dezember. Da der Arnim'sche Prozeß hier so viele Partei-Interessen angeregt hat, so hat es nicht fehlen können, daß manch hartes und auch manch unrichtiges Urtheil über die Persönlichkeiten, welche im Prozesse auftreten, laut wurden. So beschäftigen sich hiesige Blätter gestern und heute damit, den Baron v. Holstein so darzustellen, als ob er im Auftrage des Fürsten Bismarck „eine delikate Mission beim Grafen Arnim erfüllt" habe. Dies ist so eclatant unwahr, daß wir kurz darauf hinweisen wollen, wie sich aus den Verhandlungen selbst das Gegentheil ergiebt. Bekanntlich hat die Vertheidigung selbst zu Eingang der Montagssitzung ihre frühere Beschuldigung gegen Baron Holstein zum Theil zurückgenommen, und es bleibt von derselben nach den eigenen Worten des Herrn Dockhorn nur die Behauptung übrig, „Baron Holstein habe hinter Arnim's Rücken Berichte über ihn nach Berlin geschickt, habe dies dem Grafen Arnim gestanden und ihn deshalb um Verzeihung gebeten". Aus der Aussage des Herrn v. Holstein selbst ergiebt sich nun aber, daß er dem Grafen Arnim nicht um Verzeihung gebeten und ihm nichts „gestanden" hat, sondern, daß er ihn als offener Gegner von seiner Gegnerschaft und von seinen selbständigen Schritten in Kenntniß gesetzt hat. Er hat vor und nach die Entdeckung gemacht, daß Graf Arnim nicht diejenige Politik trieb, welche ihm vom Reichskanzler vorgeschrieben war; er hat dem Grafen angezeigt, daß er ihm unter diesen Umständen ein Gegner sein würde; er hat offen mit ihm gebrochen und hat ihm dazu die Wahl gelassen, ob er, Baron Holstein, seine Versetzung beantragen oder als sein offener Gegner an Ort und Stelle bleiben sollte. Dann hat er das, was er für richtige politische Anschauungen hielt und was vielfach den Ansichten des Grafen Arnim widersprach, seinen Freunden in der Umgebung des Reichskanzlers mitgetheilt. Er hörte schließlich, daß Graf Arnim sogar die Ansicht verbreiten lassen wollte, Bismarck wünsche den Krieg mit Frankreich; er hat, wie es seine Pflicht war, diesem Beginnen sofort Einhalt gethan und hat an seine Freunde einen Brief gerichtet, in welchem er diese und indirekt den Reichskanzler davon in Kenntniß setzte, das man dem deutschen Reiche Kriegsgelüste zuschrieb. Wenn er das nicht gethan, so hätte die Gereiztheit zwischen Berlin und Paris leicht einen bedenklichen Charakter annehmen können; er hat dem vorgebeugt und hat doch seinen Gegner geschont, indem er von seiner Kenntniß, daß Graf Arnim der vermuthliche Urheber der Kriegsgerüchte sei, keinen Gebrauch machte. Ist es nicht offenbar Entstellung, wenn die Debats schreiben: „Baron Holstein unterhielt politische Korrespondenz mit alten Bekannten im Ministerium des Auswärtigen und diese Korrespondenzen kamen regelmäßig dem Herrn v. Bismarck vor Augen. Aber es hat ihn nicht verhindert, die besten Beziehungen zu Herrn v. Arnim zu unterhalten und seinem Vorgesetzten alles Gute zu wünschen." Die „besten Beziehungen" des Herrn von Holstein zum Grafen Arnim bestanden darin, daß ersterer, nachdem er sich mit seinem Gegner auseinandergesetzt, Monate lang sein Haus nicht betreten hat, und selbst der Gräfin Arnim gegenüber sich auf das Minimum unumgänglicher Höflichkeit zurückzog; und die genannten Korrespondenzen sind, wie die Verhandlung ergiebt, dem Reichskanzler nicht einmal zu Gesichte gekommen, waren also sicher nicht in seinem Auftrage geschrieben. Das offene Zerwürfniß zwischen dem Grafen Arnim und seinem zweiten Sekretär ist eine Thatsache, die selbst denen, welche nur zeitweilig in der Botschaft verkehrten, nicht verborgen bleiben konnte. Als die Vertheidigung ihre erste Beschuldigung gegen Baron Holstein formulirte, hat sie eine schwere Kränkung gegen einen Ehrenmann ausgesprochen; sie hat dieselbe später gelinder gefaßt, aber es war leicht vorauszusehen, daß der erste Vorwurf der Spionage, ehe dem Gegner des Grafen Arnim eine Zurückweisung möglich war, seinen Weg finden und namentlich in Frankreich ein schwer zu zerstörendes Vorurtheil gegen Baron Holstein erzeugen würde; es giebt Beschuldigungen, die einen Menschen um so tiefer angreifen und deren Widerlegung ihm um so schwerer wird, je mehr er gewohnt ist, nur mit anständigen Mitteln zu kämpfen. (Köln. Ztg.).

Lokales und Provinzielles.

Posen, 19. Dezember.

— Da die Abendnummer unserer Zeitung nicht von allen Abonnenten abgeholt zu werden pflegt, so erlauben wir uns darauf aufmerksam zu machen, daß wir im heutigen Abendblatt das Urtheil im Prozeß Arnim zu bringen gedenken.

— Ueber die Haussuchung im Lokale des polnischen „Vereins der Freunde der Wissenschaften" schreibt der hiesige Korresp. der „Ostſ. Z.":

Heute (am 17. d.) wurde hier in den Lokalitäten des polnischen „Vereins der Freunde der Wissenschaften" auf Anordnung der Polizeianwaltschaft eine polizeiliche Revision abgehalten, bei der nach Beweisstücken für die angebliche politische Wirksamkeit des Vereins gesucht wurde. Der Verein, der seinen Statuten nach ausschließlich wissenschaftliche Zwecke verfolgt, hatte sich politischer Bestrebungen dadurch verdächtigt gemacht, daß er im vorigen Sommer einen Delegirten zu dem damals in Kiew stattfindenden Russisch-Slawischen Archäologen-Kongreß abgesandt hatte, der, den Berichten des „Dziennik poznanski" zufolge, den eminent politischen Auftrag erhalten haben sollte, eine Verständigung mit den Russen im Sinne der polnischen Nationalidee zu versuchen. Wie man hört, sind bei der Revision Papiere, aus denen die Ertheilung eines solchen Auftrages herorginge, nicht aufgefunden worden.

r. **Der Konsumverein** wird seine Geschäftsthätigkeit voraussichtlich mit Anfang Januar k. J. eröffnen, und ist als Geschäftslokal das jetzige Wittig'sche Restaurationslokal (in der Friedrichsstraße, gegenüber dem Gebäude der Provinzialbank) gemiethet worden, wie man hört, für den Preis von 600 Thlr. In den Vorstand, welcher statutenmäßig aus zwei Mitgliedern und einem Stellvertreter besteht, ist bis jetzt erst ein Mitglied, und zwar der Proviantamts-Assistent Loß als zweiter Vorsteher, gewählt worden. Unterhandlungen, welche mit einem hiesigen Kaufmann wegen Eintritts in den Vorstand als erster Vorsteher angeknüpft waren, haben sich zerschlagen. Die Anzahl der Mitglieder des Vereins beträgt gegenwärtig über 150.

r. **Im Lambert'schen großen Saale** wird das erste öffentliche Konzert am ersten Weihnachtsfeiertage stattfinden. Schon am nächsten Montage wird dort der Landwehrverein für die hinterbliebenen Waisen seiner verstorbenen Mitglieder eine Weihnachtsbescheerung veranstalten. Am 2. Januar findet in dem Saale der erste Ball statt, den der Handwerkerverein veranstaltet; am 9. Januar hält alsdann der kaufmännische Verein, und am 16. Januar der Männergesangverein dort einen Ball ab. Diese Benutzung zeigt, wie rentabel es wäre, noch mehr solcher Säle zu errichten.

r. **Der Chemiker Julian Ziemski** aus Posen, 27 Jahre alt, wird gegenwärtig wegen Wechselfälschung verfolgt. Derselbe hatte früher eine Waschanstalt und ein Geschäftslokal auf der Neuenstraße zu Posen, und machte vor einigen Monaten Bankerott. — Ebenso wird der russische Ueberläufer Piasecki, zuletzt Theaterdiener in Posen, etwa 21 Jahre alt, wegen Unterschlagung steckbrieflich verfolgt.

— **Jagdscheine.** Nach amtlicher Nachweisung sind in der Zeit vom 1. August 1873 bis zum 31. Juli 1874 im Preuß. Staate 128,223 Jagdscheine gegen Geld und 5834 unentgeltlich ausgegeben worden. Von diesen kommen auf die Provinz Posen 6474 und zwar auf den Regierungsbezirk Posen 4042 gegen Geld, 188 unentgeltlich, auf den Regierungsbezirk Bromberg 2064 gegen Geld und 180 unentgeltlich. Das „edle Weidwerk" wird demnach bei uns baß gepflegt.

H. **Kapellmeister Hillmann.** Vielen unserer Leser dürfte die Nachricht von Interesse sein, daß der in Posen im besten Andenken stehende geistvolle Dirigent unserer letzten Opernsaison, Herr Kapellmeister Emil Hillmann, für die musikalische Leitung des breslauer Stadttheaters gewonnen worden ist. Der als Musiker und Dirigent, wie als Pianist gleich bedeutende Künstler konzertirte während der Sommersaison in Wiesbaden, Homburg u. s. w. mit großem Erfolg und ist gegenwärtig als Dirigent der Museenkonzerte und Operndirektor in Freiburg i. Br. engagirt.

— **Militaria.** Durch Kabinetsordre vom 12 Novbr. cr. ist unter Abänderung des entgegenstehenden Erlasses vom 2. Dezember 1871 verfügt worden, daß die Premierlieutenants der Artillerie sofern sie das praktische Hauptmannsexamen bestanden haben, Sr. M. dem Könige auch dann zur Beförderung zum Hauptmann und zur gleichzeitigen Ernennung zum Batterie- bez. Kompagnie-Chef in Vorschlag gebracht werden können, wenn dieselben die theoretische Prüfung zum Hauptmann noch nicht abgelegt haben, und daß die Absolvirung der theoretischen Prüfung nur für das Einrücken in das Hauptmanns-Gehalt erster Klasse Bedingung sein soll. Die Prüfungs-Kommission für Artillerie-Premier-Lieutenants hat fortan die Bezeichnung „Prüfungs-Kommission für Hauptleute und Premier-Lieutenants der Artillerie" zu führen. Für die Artillerie-Offiziere des Beurlaubtenstandes verbleibt es betreffs der Ablegung des Hauptmanns-Examens bei den bisherigen Bestimmungen.

α **Birnbaum**, 17. Dezember. [Stadtverordnetenwahl.] Bei der am 9. d. M. stattgehabten Stadtverordnetenwahl wurden in der 3. Abtheilung Uhrmacher Hielscher wieder- und an Stelle des zum Rathmann gewählten Brauereibesitzer Adam Drechslermeister Brüning neu, in der 2. Abtheilung Kaufmann M. B. Pinner wieder- und an Stelle des verzogenen Kaufmann Jakob Soldin Kaufmann Emil Rothe neu, in der 1. Abtheilung Kaufmann R. Weise und Fleischermeister F. Reinert wiedergewählt; von den Wählern der 3. Abtheilung stimmten die Beamten geschlossen für 2 Beamte, weil in unserem aus 7 Christen und 5 Juden zusammengesetzten Stadtverordneten-Kollegium das Beamtenthum gar nicht vertreten ist. Dieser Umstand findet seine Erklärung zum Theil darin, daß der überwiegende Theil der Beamten in Großdorf und Lindenstadt, zwei unmittelbar an unsere Stadt grenzende Kolonieen, wohnt und diese Beamten, obwohl sie zu städtischen Abgaben herangezogen, zu Kommunalwahlen doch nicht zugelassen werden.

Staats- und Volkswirthschaft.

** **Preußische Bank.** Wochen-Uebersicht vom 15. Dezbr. 1874.

	Aktiva.				
1.	Geprägtes Geld und Barren	Thlr.	205,923,000	—	84,000
2.	Kassen-Anweisungen, Privat-Banknoten u. Darlehnskassen-Scheine	=	3,699,000	+	460,000
3.	Wechsel-Bestände	=	116,327,000	—	5,999,000
4.	Lombard-Bestände	=	18,307,000	—	105,000
5.	Staats-Papiere, verschiedene Forderungen und Aktiva	=	5,691,000	+	34,000
	Passiva.				
6.	Banknoten in Umlauf	Thlr.	267,198,000	—	3,712,000
7.	Depositen-Kapitalien	=	33,204,000	—	231,000
8.	Guthaben der Staatskassen, Institute und Privatpersonen, mit Einschluß des Giro-Verkehrs	=	16,392,000	—	1,471,000

Ueber den vorliegenden Ausweis ist lediglich dasselbe Urtheil zu fällen, welches die letzten Ausweise bereits hervorriefen; man erkennt aus den betreffenden Zahlen, daß die Anlagen der Bank fortgesetzt zurückgehen und kann daraus, eben fort und fort nur den Schluß ziehen, daß Handel und Verkehr total darniederliegen, ein Schluß, der durch die Entwickelung des Börsengeschäfts jedenfalls nach jeder Richtung hin bestätigt wird. Die Wechselbestände sind um 5,999,000 Thlr. zurückgegangen und die Lombard-Bestände haben um 105,000 Thlr. abgenommen; diese Verminderung der Anlage erhält ihre Deckung durch Abnahme des Notenumlaufs um 3,712,000 Thlr. und durch Reduktion des Guthabens der Staatskassen um 1,471,000 Thlr. Der Baarvorrath hat sich fast unverändert erhalten und beträgt nach dem letzten Ausweis 205,923,000 Thlr. gegen 206,007,000 Thlr. in der Vorwoche. Die Kassenanweisungen nahmen um 460,000 Thlr. zu, eine Ziffer, die in der Reduktion der Wechselbestände ihre natürliche Erklärung findet.

** **Westend-Gesellschaft Quistorp & Cie.** Aus Berlin, 15. Dezember schreibt die „Bank- u. Hdls.-Ztg.": Die heute um 10 Uhr Vorm. eröffnete Generalversammlung, welcher der Regierungsrath Bühling (Vorsitzender des Aufsichtsraths) präsidirte, nahm zunächst den Bericht des persönlich haftenden Gesellschafters Quistorp über die derzeitige Lage der Gesellschaft entgegen. Dieser Bericht war um deswillen kein detaillirter, weil das Gericht, welches bekanntlich über das Vermögen der in Konkurs befindlichen Gesellschaft Disposition hat, die Druckveröffentlichung der detaillirten Bilanz verweigert hatte. Es konnte daher nur mitgetheilt werden, daß nach der letztaufgenommenen gerichtlichen Taxe die Besitzstücke der Gesellschaft nicht nur zur Befriedigung sämmtlicher Gläubiger ausreichen, sondern für die Aktionäre auch noch einen Ueberschuß von (circa 35 Prozent oder nach Abrechnung von 100,000 Thlr. = 5 Prozent Gerichtskosten) 30 Prozent gewähren. Seit Aufstellung dieser letzten Bilanz ist ferner ein Grundstück, welches zu 75,000 Thlr. in der Bilanz angesetzt war, zum Preise von 120,000 Thlr. veräußert worden und hat sich in Folge dessen der muthmaßliche Ueberschuß für die Aktionäre noch um ca. 2 pCt. auf 32 pCt. erhöht. Ein noch größerer Ueberschuß wurde von Hrn. Quistorp für den Fall in Aussicht gestellt, daß die Verwerthung der Activmasse auf außergerichtlichem Wege erfolge. Der Entgegennahme dieses Referats schloß sich die Beschlußfassung über den Antrag auf Zustimmung zu dem mit den Gläubigern zu schließenden Akkord an. Je 25 pCt. sollen den Gläubigern je nach 12, 18, 24 und 30 Monaten baar gezahlt werden. Der Antrag wurde einstimmig angenommen, ebenso ein fernerer auf Auflösung der Gesellschaft. In die Liquidationskommission wurden — von den beiden haftenden Gesellschaftern, welche der Kommission statutaemäß angehören, abgesehen — die Herren Generaldirektor Müller (Wöhlert'sche Fabrik und Brühl gewählt. In den Aufsichtsrath wurden gewählt die Herren Oskar Freund (Breslau) 358 Stimmen, Commerzienrath Haußmann 388 Stimmen, Rittmeister v. Oppen 373 Stimmen, Clement (Rostock) 342 Stimmen. Direktor Knoenagel (Brandenburg) 339 Stimmen, Banquier Max Geim 305 Stimmen, W. G. Oestmann (Bormin) 258 Stimmen, Hof-Maurermeister Petzold 242 Stimmen, Rentier H. Feldheim (Westend) 223 Stimmen.

** **Wien**, 16. Dezember. Wochen-Ausweis der österreichischen Nationalbank.

Notenumlauf	296,986,400,	Abnahme	1,418,190	Fl.
Metallschatz	141,830,281,	Abnahme	281,187	=
In Metall zahlbare Wechsel	4,772,595,	Abnahme	159,850	=
Staatsnoten, welche der Bank gehören	2,683,884,	Zunahme	917,474	=
Wechsel	139,523,976,	Abnahme	83,961	=
Lombard	35,419,600,	Abnahme	213,900	=
Eingelöste und börsenmäßig angekaufte Pfandbriefe	3,520,466,	Abnahme	116,934	=

** **Paris**, 17. Dezbr. Bankausweis.

Zunahme.		
Baarvorrath	8,221,000	Frcs.
Gesammt-Vorschüsse	490,000	=
Guthaben des Staatsschatzes	2,367,000	=
Abnahme.		
Portef. der Haupth. u. d. Filialen	17,611,000	=
Notenumlauf	4,652,000	=
Laufende Rechn. der Privaten	5,996,000	=
Schuld des Staatsschatzes	unverändert.	

** **London**, 17. Dezbr., Abends. Bankausweis.

Total-Reserve	10,379,420	Pfd. St.,	Zunahme	749,483	Pfd. St.
Notenumlauf	25,457,735	=	Abnahme	228,590	=
Baarvorrath	20,837,155	=	Zunahme	520,893	=
Portefeuille	17,211,646	=	Zunahme	380,177	=
Guth. d. Priv.	16,693,757	=	Zunahme	862,115	=
do. d. Staatssch.	5,832,443	=	Zunahme	294,764	=
Notenreserve	9,645,135	=	Zunahme	810,745	=
Regierungssicherheit.	12,879,615	=	unverändert.		

Prozentverhältniß der Reserve zu den Passiven: 45 $\frac{7}{16}$ pCt.

Clearinghouse-Umsatz 123 Millionen, gegen die entsprechende Woche des Vorjahres Abnahme 12 Mill.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Julius Wasner in Posen.

Bis 11 Uhr Vormittags eingegangene Depeschen.

Berlin, 19. Dezember. Die „National-Zeitung" bestätigt, daß nach dem Resultat der gestrigen Berathungen im Staatsministerium und in dem beim Kaiser stattgehabten Konseil die Krisis beseitigt sei; Bismarck bleibe an der Spitze der Geschäfte, und auch der Rücktritt des Justizministers werde nicht stattfinden.

Berlin, 19. Dezember. Während der gestrigen Abendsitzung des Reichstags war am Bundesrathstische Fürst Bismarck anwesend. Das provisorische Banknotengesetz wurde in dritter Lesung genehmigt. Darauf die zweite Berathung des elsaß-lothringischen Etats fortgesetzt. Bei der Position für das Elementarschulwesen kritisirte Fürst Radziwill unter lebhafter Anerkennung des französischen Schulwesens aufs Heftigste das preußische Schulinspektorwesen und verlangte für die Reichslande eine selbständige Schulbehörde, die unabhängig von politischen Einflüssen nur die Schulinteressen im Auge habe.

Der Abg. Duncker hält zwar eine aus sachkundigen Männern bestehende Schulbehörde in den Reichslanden für wünschenswerth, unter sachkundigen Männern verstehe aber Niemand die Geistlichen. In den Reichslanden sei Vieles besser geworden, seitdem das System Mühler aufgegeben, (Bravo!), gerade von der Fortschrittspartei werde dies, und daß die Regierung in dieser Hinsicht große Fortschritte gemacht, gern anerkannt. Er zweifle nicht, daß die Regierung die Errichtung einer besonderen Unterrichtsbehörde, die wünschenswerth sei, fördern werde. Hierauf wurde die Position für das Schulwesen, ebenso die etatisirte Theatersubvention unverkürzt, letztere in namentlicher Abstimmung mit 156 gegen 88 genehmigt. Zur Position für den Landesausschuß hatte Windthorst beantragt, den Reichskanzler zur Vorlegung eines Gesetzentwurfs aufzufordern, durch welchen für Elsaß-Lothringen eine Landesvertretung hergestellt werde, deren Zustimmung zu jedem Landesgesetze und bei Feststellung des Landeshaushalts erforderlich ist. Windthorst motivirte den Antrag, Lasker erklärte sich dagegen, so lange die elsaß-lothringischen Reichstagsmitglieder es verschmähen, ihren eigenen Etat in der Kommission mitzuberathen. Der jetzige Landesausschuß sei der praktische Anfang für spätere Formationen. Das Zentrum mache das Reichsland zur Domäne für seine Agitationszwecke. Diesen Zweck verfolge auch der Windthorst'sche Antrag. Der Landesausschuß werde sich entfalten und zu günstigen Resultaten führen.

Duncker sprach gleichfalls gegen den Antrag. Nach einer nochmaligen Erwiderung Windthorst's wurde dessen Antrag abgelehnt, die Position für den Landesausschuß und damit der ganze Etat in zweiter Lesung genehmigt. Es folgte die zweite Lesung des elsaß-lothringischen Anleihegesetzes. § 1 und damit das ganze Gesetz wurde abgelehnt, hiernach das elsaß-lothringische Etatsgesetz ohne Debatte genehmigt und damit auch die Bewilligung der Schatzscheinausgabe ausgesprochen, womit der Reichskommissar Herzog sich einverstanden erklärt. Nächste Sitzung Sonnabend.

Telegraphische Börsenberichte.

Breslau, 18. Dezbr., Nachmittags. (Getreidemarkt). Spiritus pr. 100 Liter 100 pCt. pr. Dezember 18 $\frac{1}{12}$, pr. April-Mai 56 Mk. 20 Pf. Weizen pr. April-Mai 185 Mk. Roggen pr. Dezember 52, pr. April-Mai 148 Mk. Rüböl pr. Dezbr. 17½, pr. April-Mai 55¼ Mk., pr. Juni-Juli 56½ Mk. Zink 22 Mk. 60 Pf. Wetter: Schnee.

Produkten-Börse.

Berlin, 18. Dezbr. Wind: NW. Barometer 27, 11. Thermometer früh + 1° R Witterung: bedeckt.

Die Stimmung für Roggen war heute wohl ziemlich fest, allein die Geschäftsthätigkeit blieb eng begrenzt und den etwas erhöhten Forderungen haben Käufer recht hartnäckigen Widerstand entgegengesetzt. Waare findet nur schwerfälligen Absatz und es geht nicht viel um. — Roggenmehl nahe Sichten flau, entfernte wenig verändert. Gekündigt 2500 Ctr. Kündigungspreis 7 Rt. 16½ Sgr. per 100 Kilgr. — Weizen fand mehr Beachtung und hat sich im Werthe etwas gebessert. — Hafer ist loko etwas billiger verkauft worden. Termine bekundeten hingegen feste Haltung. — Rüböl fortdauernd leblos. — Petroleum. Gekündigt 550 Barrels. Kündigungspreis 8½ Rt. per 100 Kilogr. — Spiritus fest und eher noch ein wenig besser bezahlt, als gestern zum Schluß

Weizen loko per 1000 Kilogr. 55—70 Rt. nach Qual. gef., gelber per diesen Monat 61 bz., Dezbr.-Jan. —, April-Mai 189—189½—189 Rm bz., Mai-Juni 190½—191—190½ Rm bz., Juni-Juli 193—192 Rm. bz. — Roggen loko per 1000 Kilgr. 52—57 Rt. nach Qual. gef., russischer 52½—53, inländ. 54¾—56 ab Bahn bz., per diesen Monat 53½—⅝ bz., Dezbr.-Jan 152½ Rm. bz., Jan.-Febr. —, Frühjahr 149½ Rm. bz., Mai-Juni 148 Rm bz. — Gerste loko per 1000 Kilgr. 51—64 Rt. nach Qual. gef. — Hafer loko per 1000 Kilogr. 54—64 Rt. nach Qual. gef., ostpreuß. 57—61, neuer russ. 56—60, galiz. u. ungar. 55—59, pom. u. meckl. 60—62½ ab Bahn bz., per diesen Monat 61 nom., Dez.-Jan. —, Frühjahr 173—173½ Rm. bz., Mai-Juni 170½ Rm G. Erbsen per 1000 Kilgr. Kochwaare 66—78 Rt. nach Qual., Futterwaare 61—64 Rt. nach Qual. — Raps per 1000 Kilgr. — — Leinöl loko per 1000 Kilogr. ohne Faß 20 Rt. — Rüböl per 100 Kilogr. loko ohne Faß 17⅝ Rt. bz., mit Faß —, per diesen Monat 18 5/12 bz., Dez.-Januar —, April-Mai 57 Rm. bz., Mai-Juni 57,5 Rm. bz., Sept.-Okt. 60,5 Rm. bz. — Petroleum raffin. (Standard white) per 1000 Kilogr. mit Faß loko 8½ Rt. bz., per diesen Monat 8½ bz., Dezbr. 8⅝ Rm. bz., Jan.-Febr. 24 1—3 Rm. bz., Febr.-März —, März-April —. — Spiritus per 100 Liter à 100 pCt. = 10,000 pCt. loko ohne Faß 18 Rt. 10 Sgr. bz., per diesen Monat —, loko mit Faß —, per diesen Monat 18 Rt. 21—19 Sgr. bz., Jan.-Febr. 55,8—6—8 Rm. bz., April-Mai 57,9—6—8 Rm. bz., Mai-Juni 58,2—57,9—58,1 Rm. bz., Juni-Juli 59,2—59—59,2 Rm. bz., Juli-August 60,2—60—60,2 Rm. bz., Aug.-Sept. 61 Rm. bz. — Mehl Weizenmehl Nr. 0 9 5/12—9 Rt., Nr. 0 u. 1 8 5/12—8 Rt., Roggenmehl Nr. 0 8⅔—8 Rt., Nr. 0 u. 1 7 7/12—7½ Rt. per 100 Kilogr. Brutto unverst. inkl. Sack. — Roggenmehl Nr. 0 u. 1 per 100 Kilogr. Brutto unverst. inkl. Sack per diesen Monat 7 Rt. 17—16 Sgr. bz., Januar 22,75 Rm. bz., Jan.-Febr. 22,50 Rm bz., Febr.-März 22,40 Rm. bz., März-April —, April-Mai 22,10 Rm. bz. (B. u. H. Z.)

Meteorologische Beobachtungen zu Posen.

Datum.	Stunde	Barometer 260' über der Ostsee.	Therm.	Wind.	Wolkenform.
18 Dezbr.	Nachm. 2	27" 9''' 01	0°0	WNW2	bedeckt. Schnee.
18 "	Abnds. 10	27" 9''' 72	— 1°2	WNW0-1	bedeckt. St.
19 "	Morgs. 6	27" 9''' 60	— 3°3	W 2-3	trübe. St.

Wasserstand der Warthe.

Posen, am 17. Dezbr. 1874 12 Uhr Mittags 0,46 Meter.
" " 18. " " " " " 0,46 "

Breslau, 18 Dezember.
Matt.

Freiburger 103⅜. do. junge —. Oberschles. 165½. R. Oder-Ufer St. A. 117⅛. do. do. Prioritäten 116½. Franzosen 185¾. Lombarden 77½. Italiener —. Silberrente 68⅜ Rumänier 33 Bresl. Diskontobank 88½. do. Wechslerbank 76¾. Schles. Bankv. 110. Kreditaktien 139¾. Laurahütte 134½. Oberschles. Eisenbahnbed. —. Oesterreich. Bankn. 91⅓ Russ. Banknoten 94 5/16. Schles. Vereinsbank 93⅜ Ostdeutsche Bank —. Breslauer Prov.-Wechslerb. —. Kramsta 90. Schlesische Zentralbahn 64.

Telegraphische Korrespondenz für Fonds-Kurse.

Frankfurt a. M., 18. Dezbr., Nachmittags 2 Uhr 30 Minuten. Schluß fest.

[Schlußkurse.] Londoner Wechsel 119⅝. Pariser Wechsel 95⅛. Wiener Wechsel 106½. Franzosen 324¼. Böhm. Westb. 208¼. Lombarden 135¼. Galizier 256½. Elisabethbahn 202½. Nordwestbahn 157¾. Kreditaktien 243⅝. Russ. Bodenkredit 89⅝. Russen 1872 98. Silberrente 68⅛. Papierrente 63⅞. 1860er Loose 109½ 1864er Loose 167¾ Amerikaner de 82 97⅞. Deutsch-österreich. —. Berliner Bankverein 82½. Frankfurter Bankverein 84½. do. Wechslerbank 82. Bankaktien 1050. Meininger Bank 96⅝. Hahn'sche Effektenbank 116. Darmstädter Bank 387¾. Brüsseler Bank 106.

Anfangs lustlos, zum Schluß fest. Banken etwas schwächer, Anlagewerthe und Bahnen behauptet.

Nach Schluß der Börse: Kreditaktien 244⅜, Franzosen 324¾ Lombarden 135⅜, Nordwestbahn —.

Frankfurt a. M., 18 Dezbr., Abends. [Effekten-Sozietät.] Kreditaktien 244, Franzosen 324⅜, 1860er Loose —, Lombarden 135½, Galizier 256½, Silberrente — Nordwestbahn —, Bank-Aktien —, Papierrente —, Albrechtsbahn —, Elisabethbahn —, Böhmische Westbahn —, Darmstädter Bankaktien —. Fest, aber Geschäftslos.

Wien 18. Dezbr. Anfangs reservirt, später ziemlich feist. Von Bahnen Nordwest lebhaft.

Nachbörse: Fest, Spekulation reservirt. Kreditaktien 235, 75, Franzosen 309, 50, Galizier 245, 50, Lombarden 128, 50, Anglo-Austr. 143, 50, Unionbank 115, 80, Nordwestbahn —, —.

[Schlußcourse.] Papierrente 69, 95. Silberrente 74, 95. 1854er Loose 104 50. Bankaktien 1002. Nordbahn 1917. Kreditaktien 237, 75 Franzosen 309, 75 Galizier 245, 50. Nordwestbahn 153 50. do. Lit. B. 69, 00 London 111, 00. Paris 44, 50. Frankfurt 92, 80. Böhm. Westbahn 200, 00. Kreditloose 167, 75. 1860er Loose 109, 60. Lomb. Eisenbahn 128 25 1864er Loose 135, 20. Unionbank 115, 75. Anglo-Austr. 144, 50. Austro-türkische —, —. Napoleons 8, 92 Dukaten 5, 25. Silberkoupons 106, 00. Elisabethbahn 194, 50. Ungarische Prämienanleihe 82, 20. Preußische Banknoten 1, 64

Wien, 18. Dezbr., Nachmitt. Kreditaktien 236, 50, Franzosen 309, 00, Galizier 245, 50, Anglo Austr. 145, 00, Unionbank 115, 50, Nordwestbahn 153, 00, Lombarden 129, 00. Besser.

London, 18. Dezember, Nachmittags 4 Uhr.

In die Bank flossen heute 10,000 Pfd. Sterl.
Platzdiskont — pCt.
6proz. ungar. Schatzbonds 83¾.
Konsols 92 1/16. Italien. 5proz. Rente 68. Lombarden 11 1/16. 5proz Russen de 1871 99¾. 5proz Russ. de 1872 99½ Silber 57½. Türk. Anleihe de 1865 44¾. 6proz. Türken de 1869 54½. 6proz. Vereinigt. St. pr. 1882 103. do. 5 pCt. fundirte 103⅛. Oesterreich. Silberrente 68¼. Oesterr. Papierrente 62¾.

Wechselnotirungen: Berlin 20, 80. Hamburg 3 Monat 20, 90. Frankfurt a. M. 20, 80. Wien 11, 44. Paris 25, 45. Petersburg 32½

Paris, 18 Dezember, Nachmittags 12 Uhr 40 Minuten. 3proz. Rente 61 55, Anleihe de 1872 99, 30. Italiener 68, 45, Franzosen 696, 25, Lombarden 287, 50, Türken 45, 07½. Fest.

Paris, 18. Dezember, Nachmittags 3 Uhr. Matt.

[Schlußkurse.] 3 proz. Rente 61, 55. Anleihe de 1872 99, 20. Ital. 5proz. Rente 68, 30. Ital. Tabaksaktien — —. Franzosen 693 75. Lombard. Eisenbahn-Aktien 287, 50 Lombard. Prioritäten 251, 00, Türken de 1865 45, 25 Türken de 1869 275 50 Türkenloose 123, 12.

New-York, 17. Dezember, Abends 6 Uhr. [Schlußkurse.] Höchste Notirung des Goldagios 11½, niedrigste 11⅜. Wechsel auf London in Gold 4 D 85½ C. Goldagio 11½. 5/20 Bonds de 1885 117⅜. do. neue 5proz. fundirte 113⅛ 5/20 Bonds de 1887 120½. Erie-Bahn 27¼. Zentral-Pacific 95¾. New-York Zentralbahn 100½ Baumwollen in New-York 14⅛ Baumwolle in New Orleans 13⅞. Mehl 5 D. 10 C. Raffin. Petroleum in New-York 11⅜. do. Phadelphia 11¼. Rother Frühjahrsweizen 1 D. 22 C. Mais (old mixed) 96 C. Zucker (Fair refining Muscovados) 8⅛. Kaffee (Rio-) 18. Getreidefracht 9.

Berlin 18. Dezember. Die Börse charakterisirte sich heute wiederum als geschäftsstill; die Spekulation trat aus ihrer abwartenden Haltung nicht heraus und auch im Allgemeinen blieben die Umsätze in sehr engen Grenzen. Die auswärtigen Notirungen trafen ziemlich günstig besonders aus Wien ein und hatten auch am hiesigen Platze um so mehr eine ziemlich feste Tendenz im Gefolge, als das Angebot sehr reservirt auftrat. Die Course bewegten sich ungefähr auf gestrigem Niveau in unwesentlichen Schwankungen nach oben oder unten. Für inländische Anlagewerthe ließ sich etwas regerer Begehr konstatiren, während im Uebrigen Kassawerthe fast geschäftslos blieben.

Der Geldstand zeigte keine Veränderung; im Privatwechselverkehr betrug das Diskonto wie seither 4 pCt. für erste Devisen.

Die Oesterreichischen Spekulationspapiere verkehrten verhältnißmäßig lebhaft; dabei konnten sich Kreditaktien ziemlich behaupten, während Franzosen und Lombarden schließlich einige Neigung zu weichender Tendenz verriethen.

Die fremden Fonds und Renten blieben ruhig in ziemlich fester Haltung; Türken und Italiener waren zu etwas besseren Coursen ziemlich lebhaft, Russische Anleihen und Bodenkredit-Pfandbriefe fest und theilweise gefragt.

Deutsche und Preußische Staatsfonds, sowie Landschaftliche Pfand- und Rentenbriefe traten theilweise in ziemlich guten Verkehr bei fast unveränderten Preisen. Prioritäten blieben behauptet und still; Preußische fest und Köln-Mindener VI., wie Bergisch Märkische VII. Prioritäten gingen ziemlich lebhaft um.

Das Geschäft in Eisenbahnenaktien entwickelte gleichfalls nur geringfügige Regsamkeit; von preußischen Werthen wurden die Rheinisch-Westfälischen Devisen auf etwas ermäßigtem Niveau lebhafter gehandelt; Berliner Devisen blieben still; Berlin-Hamburg und Magdeburg-Halberstadt waren steigend und lebhafter.

Leichte inländische Aktien wenig verändert und vernachlässigt.

Oesterreichische Nebenbahnen wurden mehrfach etwas schwächer, Galizier niedriger, aber wie die festen Nordwestbahn-Aktien ziemlich belebt. Rumänische Stamm-Aktien gingen ziemlich lebhaft um.

Bankaktien und Industriepapiere hatten zu behaupteten Coursen mäßige Umsätze für sich. Diskonto-Kommandit-Antheile, Dortmunder Union ꝛc. waren schwächer aber ziemlich lebhaft.

Fonds- u. Actienbörse

Berlin, den 18. Dezember 1874.

Deutsche Fonds.

Consolidirte Anl.	4½	105⅜ bz
Staats-Anleihe	4½	99¾ bz
do. do.	4	— —
Staatsschuldsch.	3½	90¾ G
Prm.St.Anl. 1855	3½	128¾ bz
Kurh. 40Thlr.Obl.	—	74¾ G
K. u. Neum.Schld.	3½	94 bz
Oderdeichbau-Obl.	4½	100¾ G
Berl. Stadt-Obl.	5	102¾ bz
do. do.	4½	— —
do. do.	3½	90 G
Berl. Börsen-Obl.	5	100 G
Pfandbriefe: Berliner	4½	100¾ B
do.	5	105½ B
Kur- u. Neum.	3½	87½ bz
do. do.	4	95½ bz
do. neue	4½	103 bz
Ostpreußische	3½	87 G
do. do.	4	95¾ bz
do. do.	4½	101⅜ bz G
do. do.	5	— —
Pommersche	3½	87¼ bz
do. neue	4	94¼ bz
Posensche neu	4	93⅜ bz
Schlesische	3½	85½ G
Westpreußische	3½	86⅝ bz
do. do.	4	95½ bz
do. Neuland.	4	94½ bz
do. do.	4½	100⅝ G
Rentenbriefe: Kur- u. Neum	4	98 bz
Pommersche	4	97½ G
Posensche	4	97¼ G
Preußische	4	97¾ G
Rhein.-Westf.	4	99 bz
Sächsische	4	98¼ G
Schlesische	4	97¼ bz
Goth.Pr.-Pfdbr. I.	5	106⅜ bz II. 104⅜ bz
Pr.Bd.Crd.-Hyp.-B. unkündb. I.u.II.	5	102½ bz G
Pomm. Hyp.Pr.B.	5	102¾ G
Pr.Ctlb.-Pfdb.kdb.	4½	100⅛ bz
do. (110rückz.)unk.	5	107 bz
Krupp Pt.-O.rückz.	5	100 bz G
Rhein. Prov.-Obl.	4½	101⅛ bz
Anhalt. Rentenbr	4	97½ G
Meininger Loose	—	5⅜ G
Mein.Hyp.Pfd.B.	4	100½ B
Hmb.Pr.A. v.1866	3	54¾ B
Oldenburger Loose	3	41½ B
Bad.St.-A. v.1866	4½	101½ G
do.Eisb.-P.-A.v.67	4	117¼ B
Neubad.35fl.Loose	—	40⅝ G
Badische St.-Anl.	4½	105¼ G
Bair. Pr.-Anleihe.	4	118¼ B
Dess.St.-Präm.-A.	3½	111¼ bz
Lübecker do.	3½	56 G
Mecklenb. Schuldv.	3½	88¼ bz kl. —
Köln-Mind. P.-A.	3½	103¼ G

Ausländische Fonds.

Amer. Anl. 1881	6	103½ bz
do. do. 1882 gek.	6	97⅞ B
do. do. 1885	6	102 G
Newyork. Stadt-A.	7	99¾ G
do. Goldanleihe	6	99⅞ bz
Finnl. 10Thl. Loose	—	12¼ B
Italienische Anl.	5	67⅛ G
do. Tabaks-Obl.	6	99 G
do. do.Anl.70prz.	6	588 bz
Oester. Pap.-Rente	4⅕	63⅞ bz
do. Silberrente	4⅕	68¼ B
do. 250fl.Pr.Obl.	4	109⅞ bz
do. 100fl.Kred.-L.	—	116⅝ bz
do. Loose 1860	5	109¾ bz
do. Pr.-Sch.1864	—	96 G
do. Bodenkr.-G.	5	87¾ G
Poln. Schatz-Obl.	4	87 B
do. Cert.A. 300fl.	5	95 bz
do.Pfdbr.III.Em.	4	82½ G
do. Part.O.500fl.	4	108¼ G
do. Liqu.-Pfandb.	4	68¾ bz
Raab-Grazer Loose	4	82¼ bz
Franz. Anl. 71. 72.	5	99¾ G
Bukar. 20Frcs.-Lse.	—	[bz
Rumän. Anleihe	8	104 G kl.104½
Russ.Bodenkr.Pfd.	5	89 5/16 bz
do. Nicolai-Obl.	4	86 B
Russ.-engl. A. v.62	5	101⅜ G
do. " "	3	73¼ bz
do. " " v.70	5	103 G
do. " " v.71	5	100½ B
do. 5. Stiegl.Anl.	5	86 bz
do. 6. " "	5	96⅜ B
do.Prm.Anl.de64	5	163½ G
do. " " 66	5	160 G
Türk. Anleihe 1865	5	43½ bz
do. do. 1869	6	54¼ B
do. do. kleine	6	54½ G
do. Loose (vollg.)	3	122 G
Ungarische Loose	—	55¼ bz G

Bank- und Kredit-Aktien und Antheilscheine.

Bk.f.Sprit(Wrede)	7½	60 G
Barm. Bankverein	5	90¼ G
Berg.-Märk. Bank	4	83 G
Berliner Bank	4	81 B
do. Bankverein	5	84 G
do. Kassenverein	4	296¼ G
do. Handelsges.	4	120¼ bz
do. Wechslerbank	5	51½ bz
do.Prod.u.Hdlsbk.	3⅔	89¼ G
Bresl. Discontobk.	4	88 G
Bk.f.Ldw.Kwilecki	5	57 G
Braunschw. Bank	4	113½ G
Bremer Bank	4	115 G
Cralb. f.Ind.u.H.	5	76½ bz G
Centralb. f.Bauten	5	57 bz
Coburg.Creditbank	4	80½ bz B
Danziger Privatbk.	4	118 G
Darmstädter Kred.	4	155½ B
do. Zettelbank	4	106⅜ G
Dessauer Kreditbk.	4	97½ B
Berl Depositenbank	5	96 G
Deutsche Unionsbk.	4	77½ bz G
Disc. Commandit	4	182⅛ G
Genf. Credbk.i.Liq.	—	5⅜ G
Geraer Bank	4	107¾ bz G
Gewb. H. Schuster	4	66¼ bz
Gothaer Privatbk.	4	111 G
Hannoversche Bank	4	108⅜ G
KönigsbergerV.-B.	4	80¼ B
Leipziger Kreditbk.	4	158⅛ bz
Luxemburger Bank	4	113⅛ bz B
Magdeb. Privatbk.	4	107 G
Meininger Kredbk.	4	97¼ bz G
Moldauer Landesb.	4	50 B
Norddeutsche Bank	4	148 G
Nordd.Gr.Cr.A..B	7¼	105 G
Ostdeutsche Bank	4	77¼ G
do. Produktenbk.	4	11 B
Oesterr. Kreditbank	5	141¼ bz
Posener Prov.-Bk.	4	109¼ G
do.Prov.Wechl.Bk.	4	¾ G
Pr. Bod.-K.-A.-B.	4	110 bz G
do. Bankantheile	4½	153¾ bz
do. Ctr.-Bd.40pr.	5	120½ B
Rostocker Bank	4	111 B
Sächsische Bank	4	127 bz
Schles. Bankverein	4	109½ bz
Thüringer Bank	4	100½ bz G
Weimarische Bank	4	80 G
Prß.Hyp.Versicher.	4	129 G

In- u. ausländische Prioritäts-Obligationen.

Aachen-Mastricht	4½	91 G
do. II. Em.	5	98½ G
do. III. Em.	5	98½ G
Bergisch-Märkisch.	4½	100 bz G
do. II.Ser.(conv.)	4½	100 B
III. Ser. 3 v. St. g	3½	85½ B
do. Lit. B.	3½	85½ B
do. IV. Ser.	4½	99½ G
do. V. Ser	4½	99½ B
do. VI. Ser.	4½	99½ B
do. Düsseld.-Elb	4	92 B
do. II. Ser.	4½	97¼ G
do. Dortm.-Soest		91½ B
do. II. Ser.	4½	98¾ B
do. (Nordbahn)	5	102⅛ G
Berlin-Anhalt	4	97½ bz
do. do.	4½	100¾ G
do. Lit. B.	4½	100¾ G
Berlin-Görlitz	5	103 G
Berlin-Hamburg	4	94½ G
do. II. Em.	4	94½ G
Berl.-Potsd.-Mgb Lit A. u. B.	4	92½ G
do. Lit. C	4	92⅜ bz
Berl.-Stett. II.Em.	4	93 B
do. III. Em.	4	93 B
do. IV. S.v.St.g.	4½	101⅞ bz
do. VI. Ser. do.	4	93½ bz
Bresl.-Schw.-Frb.	4½	98⅞ G
Köln-Krefeld	4½	96½ G
Köln-Mind. I.Em.	4½	101½ B
do. II. Em.	5	104 B
do. do.	4	95 G
do. III. Em.	4	93 G
Cöln-Mnd.IV.Em	4½	93½ G
do. V.Em.	4	93 B
Halle-Sorau-Gub.	5	98⅝ bz
Märkisch-Posener	5	100⅛ bz
Magdeb.-Halberst.	4½	100⅜ G
do. do. 1865	4½	100⅜ G
do. do. 1873	4½	100⅜ G
do. Wittenb.	3	72½ G
Niederschl.-Märk.	4	97½ B
do. II.S.a62½thlr.	4	95 G
do. c. I. u. II. Sr.	4	97½ B
do. con. III. Ser.	4	97 G
Oberschl. Lit A.	5	93 B
do. do. B.	3½	85 G
do. do. C.	4	93 B
do. do. D.	4	93 B
do. do. E.	3½	85 B
do. do. F.	4½	100⅝ G
do. do. G.	4½	99½ B
do. do. H.	4½	100¾ B
do. Em. v. 1869	5	103¼ G
Brieg-Neisse	4½	98¼ B
Kosel-Oderberg	4	93¾ G
do. III. Em.	5	103¼ G
Niederschl. Zweigb.	3½	80 B
Stargard-Posen	4	93½ B
do. II. Em.	4½	99½ G
do. III. Em.	4½	99½ G
Ostpreuß. Südbhn.	5	103½ G
RechteOder-Ufer I.	5	103⅛ B
Rhein. Pr.-Oblig.	5	93 G
do. v. Staate gar.	4	90 bz
do.III. v.1858 u.60	3½	100 B
do. 1862, 64, 65	4½	100 B
Rhein-Nah.v.St.g.	4½	101⅞ bz
do. II. Em.	4½	101⅞ bz
Schleswig	4½	98¾ G
Thüringer I. Ser.	4½	94 B
do. II. Ser.	4	100 G
do. III. Ser.	4½	93 B
do. IV. u. V. Ser.	4	100¼ B
Galz. Carl-Ludwb.	4½	94¼ G
Kaschau-Oderberg	5	77½ bz
Ostrau-Friedland	5	75½ B
Ungar.Nordostbhn.	5	66⅛ bz
do. Ostbahn	5	62 bz G
Lemberg Czernowitz	5	71⅞ B
do. II. Em.	5	79⅛ G
do. III. Em	5	72⅛ G
Mähr.Grenzbahn	5	71 G
Oesterr.-Franz.St.	4½	317¾ bz
Oestr. Nordwestb.	5	86 G
Südöstr. Bhn (Lb.)	3	248¾ bz
do. Lomb. Bons de 1875	6	101½ G
do. do. de 1876	6	102½ G
do. do. de 187/8	6	103½ G
Czarkow-Azow	5	98¾ G
Jelez-Woronow	5	98¾ G
Kozlow-Woronow	5	99½ G
Kursk-Charkow	5	99 bz
Kursk-Kiew	5	99½ G
Mosko-Rjäsan	5	100½ G
Rjäsan-Kozlow	5	99½ G
Schuja-Iwanow	5	98¾ G
Warschau-Teresp.	5	98¾ B
kleine	5	98⅛ G
Warschau-Wiener	5	99½ bz
kleine	5	99½ bz

Eisenbahn-Aktien u. Stamm-Prioritäten.

Aachen-Mastricht	4	28 bz
Altona-Kieler	5	114¾ G
Amsterd.-Rotterd.	4	103¾ bz
Bergisch-Märkische	4	86¼ G
Berlin-Anhalt	4	137⅞ bz
Berlin-Görlitz	4	75 G
do. Stammpr.	5	99½ bz G
Balt. russ. (gar.)	3	53¾ G
Brest-Kiew	5	62 G
BreslauWarsch.S.	5	37¾ bz
Berlin-Hamburg	4	200 G
Berlin-Ptsd.-Mgd	4	90⅛ bz B
Berlin-Stettin	4	145 B
Böhm. Westbahn	5	89⅝ G
Brest-Grajewo	5	33½ G
Bresl.-Schw.-Frb.	4	103¼ bz
Köln-Minden	4	128 G
do. Lit. B.	5	107⅛ bz G
Crefeld Kr. Kempen	5	2¼ bz
Galiz.Carl-Ludw.	5	110¼ B
Halle-Sorau-Gub.	4	25⅛ B
do. Stammpr.	5	47⅜ G
Hann. Altenbeken	5	21 G
Löbau-Zittau	3½	92 G
Lüttich-Limburg	4	12 bz G
Ludwigshaf.-Berb.	4	183⅛ bz
Kronpr.-Rudolph	5	66½ G
Märkisch-Posen	4	26⅞ B
do. St.-Prior.	5	59¾ bz B
Magdeburg-Halb.	4	97½ G
do. St.-Prior. B.	3½	72½ bz B
Magdeb.-Leipzig	4	250 B
do. Lit. B	4	93 G
Mainz-Ludwigsh.	4	131⅞ B
Münster-Hammer	4	99 G
Niederschl.-Märk.	4	98¾ bz G
Nordh. Erf. gar.	4	52 B
do. Stammpr.	4	42 G
Oberhess. v.St.gar.	3½	71¼ bz
Obers. Lt.A.C.u.D	3½	165½ B
do. Litt. B.	3½	150 B
Oestr.Frz.Staatsb	5	185¾ G
do. Südb.(Lomb.)	5	79 bz
Ostpreuß. Südbahn	4	38¾ G
do. Stammpr.	5	76⅝ G
Rechte Oderuferb.	5	117⅛ bz
do. Stammpr.	5	116¼ G
Reichenberg-Pard.	4½	67 G
Rheinische	4	136¼ G
do. Lit.B. v. St.g.	4	92 G
Rhein-Nahebahn	4	18¾ bz
Russ.Eisb.v.St.gr.	5	103¾ G
Stargard-Posen	4½	101⅛ bz
Rum. Eisenbahn	5	33 bz
Schweizer Westb.	4	18¾ G
do. Union	4	7½ bz
Thüringer	4	118 bz
do. B. gar.	4	90⅝ bz
Tamines Landen	4	3½ bz
Warschau-Wiener	5	90¾ G

Gold, Silber u. Papiergeld.

Louisdor	—	110¾ G
Souvereigns	—	6 24½ bz
Napoleonsdor	—	5 13 G
Dollar	—	1 11⅞ bz
Imperials	—	5 18 bz
Fremde Banknoten	—	99⅝ G
do. (einl. i. Leipz.)	—	99⅞ bz
Oesterr.Banknoten	—	91 11/16 bz
do. Silbergulden	—	97 bz
Russ. Not. 100 R.	—	94½ bz

Wechsel-Kurse.

Berliner Bankdisk.	6	
Amsterd. 250fl. 8T.	3½	144⅜ B
do. do. 2M.	3½	143⅝ G
London 1Lstr. 8T.	2	6. 25 1/16 bz
Paris 300 Fr. 8 T.	4	81½ bz
do. do. 2M.	5	80½ bz
Belg. Bankpl. 300 Fr. 8 T.	4½	81½ bz
do. 300 Fr. 2M.	4½	81 bz
Wien 150 fl. 8 T.	5	91 5/16 bz
do. do. 2M.	5	90 11/16 bz
Augsb. 100fl. 2M.	5	56. 20 G
Leipzig100Thl. 8T.	5½	99¾ G
Petersb.100R.3W.	6	94 bz
do. do. 3M.	6	93⅛ bz
Warsch. 100R. 8T.	6	94 3/16 bz

Industrie-Papiere.

Aquarium-Aktien	—	71 G
Bazar-Actien	—	117½ G
Bischweil.Tuch-Fb.	—	17 B
Berliner Papierfb.	—	44 B
do. Bockbrauerei	—	65 B
do.Brauer.Tivoli.	—	92¾ G
Brauer. Patzenhof.	—	105 bz
Brauerei Moabit	—	55 bz
Bresl.Br.(Wiesner	—	28 G
Deut. Stahl-J. A.	—	6 G
Erdmannsd. Spin.	—	53 G
Elbing. M. Eisenb.	—	1⅝ bz
Flora, A.-Ges.Berl	—	16½ B
Forster, Tuchfabrik	—	44 B
Gummifbr. Fonrob	—	47¼ G
Hannov. Masch.G. (Egestorf)	—	58 B
Kön. u. Laurahütte	—	134⅝ bz
Königsberg.Vulkan	—	30½ G 32½ G
Mk-Schl.Maschin. Fabrik (Egells)	—	27½ G
Marienhütte	—	65 G
Münnich,Chemnitz	—	30¾ G
RedenhütteAkt.-G.	—	26 B
Saline u. Soolbad	—	41 G
Schles Lein Kramst	—	89⅞ G
Ver.Mgd. Spr.Br.	—	44 G
Wollbanku.Wollw.	—	41 G

Versicherungs-Aktien.

A.-Münch. F.V.G.	—	2600 G
Aach.Rück-Vers.G.	—	580 G
Allg.Eisenb. Vf.G.	—	489 G
Berl.Ld.u.W.V G.	—	260 G
do. Feuer-Vers.G.	—	363 G
do. Hagel-Ass.-G	—	232 G
do. Lebens-V.-G.	—	680 G
Colonia, F.-V.-G.	—	1930 G
Concordia,L.-V.G.	—	675 G
Deutsche F.-V.-G	—	186 G
do. Trsp.-V.-G	—	135 B
Dresd.Allg.Trs.-V.	—	305 G
Düsseldorf. do.	—	380 B
Elberfeld. F.-V.G.	—	880 B
Fortuna, Allg Vrs.	—	270 G
Germania,L.-V.G.	—	136 G
GladbacherF.V.G.	—	394 B
Kölnische Hag V.G	—	124 B
do. Rückvers.Ges	—	126 G
LeipzigerFeuerv.G.	—	1990 G
Magdb. All.Unf.V.	—	97 G
do. Feuer-V.-G.	—	785 G
do. Hagel-Vers.G.	—	62½ G
do. Lebens-V.-G.	—	102 G
do. Rückvers.-Ges.	—	166¼ G
Mecklenb. Lebensvs.	—	— —
Nieder.Güt.Ass.G.	—	245 G
Nordstern,Leb.V.G	—	206 G
Preuß.Hagelvrs G.	—	90 B
do. Hyp.V.-A.G	—	128½ G
do. Lebens-V.-G.	—	105 bz
do. Nat.-Vers.G.	—	234 B
Providentia, V.-G.	—	160 G
Rhein.-Wstf.Lloyd.	—	— —
do. do.Rück-V.G.	—	65 B
Sächsische do. do.	—	62 G
Schles. Feuer-V.G.	—	190 B
Thuringia,Vers.G.	—	101 B
Union, Hagel-Ges.	—	104 B
do. See- u.Fl.-V.	—	— —

Druck und Verlag von W. Decker u. Comp. (E. Röstel) in Posen.